

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,20 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,20 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Verwaltungs-Verordnung für 1894 unter Nr. 6919.

Insertions-Gebühren betragen für die fünfzehntägige Beilage oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508, Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Mittwoch, den 25. Juli 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Aus England.

London, 21. Juli 1894.

„So gut, um wahr zu sein“ — so bezeichnete gestern ein radikales Morgenblatt die Nachricht, daß die Lords ein Attentat auf die Budget-Bill des Herrn Harcourt beabsichtigen, die am Dienstag endlich im Haus der Gemeinen die dritte Lesung passiert hat. In der That wäre den Liberalen mit einem Versuch der Lords, in das Budgetrecht einzubrechen, ein großer Dienst erwiesen. Dann hätten sie die schönste Wahlparole, die sie sich wünschen können, und die Agitation gegen das Vetorecht der Lords, die jetzt vollständig in der Luft schwebt, würde bis zu einem gewissen Grade soliden Boden gewinnen. Aber just deshalb wird der Vorstoß, den Lord Salisbury vorgezogen in der bezeichneten Richtung machte, indem er für das Haus der Lords acht Tage Zeit zur gründlichen Prüfung der Budget-Bill verlangte, schwerlich den Versuch einer Amendierung derselben im Gefolge haben. Die Lords haben das Recht, das Budget en bloc zu verwerfen, aber sie haben nicht das Recht, seine Einzelheiten anzutasten. Jeder dabingehende Versuch wäre ein Attentat auf die Privilegien der gewählten Kammer.

Kein Zweifel, daß Lord Salisbury ein Mißthun verübt, es bei passender Gelegenheit auf einen solchen Versuch ankommen zu lassen und der Parole der Radikalen: „Nieder mit dem Haus der Lords“ die Parole „Weg mit den uns auferlegten Einschränkungen“ entgegenzustellen, und vielleicht hatte sein Antrag nur den Zweck, vorläufig die Möglichkeit einer solchen Aktion „theoretisch“ festzustellen, sofern man eine Fiktion Theorie nennen kann. Aber der Führer der konservativen Partei ist in fast derselben glücklichen Lage wie sein Mit-Peer und Führer der Gegenpartei, Lord Rosebery. Er herrscht, aber er regiert nicht. Die Entscheidung liegt schließlich doch im Haus der Gemeinen, und Herr Balfour, der dort die Fäden der konservativen Partei in der Hand hat, wird seinem Onkel und Obergeneral genau so aufpassen lassen, wie Herr Harcourt seinen lieben Parteigenossen und Obergeneral Rosebery hat aufpassen lassen.

Herr Harcourt hat es noch nicht verwunden, daß beim Rücktritt Gladstone's der junge schottische Peer statt seiner zum Premier gemacht wurde, und rächt sich dafür, wo immer er nur kann. Rosebery ist thätensüchtig, aber als Peer sind ihm die Hände gebunden, und es geht die Rede, daß es nicht sowohl die Tories waren als Herr Harcourt, der im Haus der Gemeinen Verschleppungspolitik trieb, daß der letztere die endlose Ausdehnung der Budgetdebatten durch die Tories im Stillen begünstigte, um desto besser die von der Rosebery-Gruppe im Ministerium eingebrachten Vorlagen in die Ecke drücken zu können. Und das ist jedenfalls das Resultat der Session. Die Regierung will und wird wahrscheinlich noch die Bill zur Wiedereinführung der infolge der Feldzugsplan-Politik ausgegebenen irischen Pächter, die Bill für die Ausgleichung der Sozialsteuern in London und die Lokalverwaltungs-Bill für Schottland durchführen, aber die Wahlreform, die Fabrikgesetz-Erweiterung und andere angekündigte Reformen sind auf die nächste Session verlagert, so daß

die Harcourt'sche Steuerreform das Schaupiel dieser Session bleibt. Zudem nahm der glückliche Autor derselben am letzten Tage ihrer Diskussion noch die Gelegenheit wahr, in seiner Zurückweisung der von den Tories erhobenen Beschwerden über unnütze Belastung der großen Einkommen die Bemerkung einzuflechten, man solle doch nur daran denken, was für Riesensummen für Rennpferde ausgegeben werden — ein Stich gegen Lord Rosebery, den das Haus sofort verstand und entsprechend honorirte. Die Tories klatschten ironisch Beifall, und die Rosebery-Radikalen schnitten wüthende Gesichter. Herr Harcourt hat seinen Rivalen für den Moment mattgesetzt.

Dieser hat bei der zweiten Lesung des Antrags Salisbury gegen die Mittellosen-Einwanderung und das Asylrecht von Anarchisten u. einen etwas kräftigeren Ton angeschlagen als bei der ersten Verhandlung, wo er die von mir schon erwähnten bedenklichen Zustände machte. Trotzdem, und obwohl Herr Harcourt vorgestern im Haus der Gemeinen erklärte, die Regierung denke nicht daran, für die Verabreichung des Antrags im Haus der Gemeinen etwas von ihrer — d. h. der ihrer Verfassung unterliegenden — Zeit freizugeben, möchte ich vor allzu optimistischer Auffassung in bezug auf die Sicherheit des Asylrechts in England warnen. Es ist schon dadurch arg kompromittirt, daß eingestandenemassen die englische Polizei mit der festländischen im Punkte der Ueberwachung ihrer signalisirten politisch verdächtigen Persönlichkeiten Hand in Hand arbeitet. Was mich ferner stutzig machte, war, daß die Arbeiterpresse anfangs sich dem Antrag gegenüber merkwürdig passiv verhielt. Es ließ befürchten, daß die Zusammenkunft der gegen die politischen Flüchtlinge gerichteten Maßregel mit angeblichem Schutz der englischen Arbeiter gegen die Ueberführung mit fremden Paupers ihr Urtheil etwas trübte. Indes haben jetzt auch die Arbeiterblätter Stellung genommen und es an kräftigen Worten über den Anschlag auf das Asylrecht nicht fehlen lassen.

Für die Arbeiterklasse wird die lange Session nach dem oben Mitgetheilten eine ziemlich unfruchtbare bleiben. Die Steuerreform hat nur für den kleinen Mittelstand Bedeutung, da dieser durch sie etwas entlastet wird, für die Arbeiter, die auch bisher keine direkten Staatssteuern zahlten, ist sie gegenstandslos. Die Erhöhung der Bier- und Whiskysteuer um 6 Pence pro Barrel (resp. Gallone) wird sich höchstens in der Qualität, schwerlich aber im Preis dieser Getränke geltend machen. Ob das aber beim hiesigen Bier immer eine Verschlechterung bedeuten wird, wage ich nicht zu behaupten. Noch weniger aber wird man — selbst als Temperenzler — diese fiskalische Maßregel als der Arbeiterklasse nützlich bezeichnen können. Die Kirchspiel- und Distriktsvertretungs-Bill ist, um dem Tory-Widerstand die Spitze abzubrechen, so abgeschwächt worden, daß ihr Nutzen für die Landarbeiter sehr problematisch erscheint, und außerdem — einen wenig geringen Prozentsatz bilden heute noch die Landarbeiter in England! Nun hat die Regierung der Durchberatung des Achtstundengesetzes für Bergarbeiter in der diesmaligen Session ihre Unterstützung zugesagt, aber das gilt nur für das Haus der Gemeinen. Im Haus der Lords ist, wie Lord Rosebery neulich sagte, Lord Salisbury Meister, und selbst

wenn die Bill unverletzt dorthin gelangt — was aber auch sehr zweifelhaft — wird sie es nicht unbeschädigt verlassen. Nach den bisherigen Äußerungen der maßgebenden Unionisten zu schließen, wird sie vielmehr so verstümmelt werden, daß sie für die Bergarbeiter der Föderation unannehmbar sein wird.

So hängt das Schicksal auch dieser ökonomischen Reform schließlich von der Reform der Gesetzgebungsmaschinerie ab. Die Agitation gegen das Haus der Lords schwebt, wie ich Ihnen schrieb, zur Zeit in der Luft. Die Beschlüsse der kürzlich in Leeds abgehaltenen großen liberalen Parteikonferenz sind vor der Hand schätzbare Makulatur, und nichts weiter. Um eine so einschneidende Verfassungsänderung zu erzwingen, bedarf es einer tiefgehenden Agitation der Volksmassen, und daran fehlt es vollständig. Sie würde auch, wenn versucht, auf den Widerstand der Sozialisten stoßen, von denen die Einen die — meines Erachtens falsche — Ansicht vertreten, daß das Kampfgeschrei gegen die Lords nur ein Röhren sei, um die Arbeiter von der Verfolgung ökonomischer Reformen abzuhalten, die Andern erst das Haus der Gemeinen, d. h. das Wahlrecht, reformirt sehen wollen, ehe die Lords drankommen sollen. Diese letztere Ansicht ließe sich hören, wenn sie — zur Entfaltung einer energischen Agitation für das allgemeine Stimmrecht im Lande führte. Damit sieht es aber bei der Zersplitterung der Bewegung und den sich kreuzenden Einflüssen, denen dieselbe zur Zeit unterliegt, nicht sehr günstig aus.

Die „Sozialdemokratische Föderation“ wird Anfang August auf Trafalgar Square ein großes Meeting zu Gunsten des Allgemeinen Stimmrechts abhalten, und man kann ihr nur das Beste wünschen. Aber schon die Wahl des Platzes zeigt, daß hier mehr auf eine Betheiligung von Parteigenossen als auf eine solche der Arbeiterschaft gerechnet wird. Auf die letztere aber kommt es gerade an. Jedenfalls, ehe die Führer der verschiedenen Sektionen der Arbeiterbewegung sich nicht zu einer einheitlichen Aktion für die dringenden Forderungen der Arbeiterklasse in der einen oder anderen Richtung aufschwingen resp. über sie verständigen können, erscheint es mir etwas unlogisch, von den bürgerlichen Parteien mehr zu verlangen als — Lust mit Verprechungen gefüttert.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 24. Juli.

Eine Neuorganisation der preussischen Handelskammern hat der Handelsminister Freiherr von Bodelschke bei einem Festessen in Sorau angekündigt. Die Handelskammern sollen mehr Befugnisse erhalten; u. a. in allen wichtigen kommerziellen Angelegenheiten Berichte und Gutachten abgeben, auch über das ganze Land ausgedehnt werden. Zunächst wird der Minister ihre Meinung hören, und was da geantwortet wird, soll die Grundlage eines Gesetzentwurfs werden.

Wenn schon, denn schon! Aber wann wird man ein-

Feuilleton.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von C. Spindler.

„Wehe dann der Stadt!“ betheuert alle mit Lärm und Geschrei. — „Dir, mein werther Schüler und Freund“, wendete sich Bechtram zu Leuenberg: „Dir glaube ich eine Liebe zu thun, wenn ich Dich abermals zum Hüter der Frauen und des Hauses bestelle. Walltraden's Gefangenschaft wird Dir weniger grausam erscheinen, wenn sie nur Deine Gefangene ist. Du magst indessen die liebe Waise trösten. Bleibt der Montfort noch eine Weile aus, trotz Versprechen und Wort, so liefere ich das Fräulein wieder aus an ihren Vater, der mir ein schweres Lösegeld dafür bezahlen soll. Dann magst Du um dasselbe freien nach Herzgenlust, guter Zeit, insofern Herr Diether Frosch Deine Armut, und der Papst die Blutsfreundschaft übersehen. Bewahre mir also vor der Hand Thurm und Haus mit treuem Sinn, und Sorge, daß meiner Hausfrau und Deinen Basen nichts Böses widerfähre.“ — Die Herren schwangen sich auf die Säule, und nachdem Frau Else einen kurzen und männlichen Abschied von dem Gatten genommen, zogen die Reiter von dannen, einige wenige Knechte auf ihrer Spur. Der Leuenberger sah ihnen durch das Vorstrahlungsfensterlein am Thore nach, und sprach zu sich: „Biel Glück auf den Weg, lieben Freunde; elendes Volk und Gefindel, das sich erhebt, als wäre es schon vor der Sündfluth geabelt worden. Daß der Hornberg ein vorlauter,

böser Geselle ist, war mir längst bekannt, und seine Freundschaft, so viel Wesens die Base Petronella davon gemacht, hat mir nie Erledliches in den Sackel gelockt. Ich hasse den Buben jetzt von ganzer Seele, aber ich denke, ich hasse den alten Bechtram noch weit mehr seit einer Stunde. Wie mich der Graubart hingestellt hat vor aller Welt, wie man einen gemeinen Dieb ans Halsseil legt! Was er sich nur einbildet? Auf was er nur pocht? Auf seine Habe? Der Teufel danke ihm sein Geld, seinen Wein und seinen fetten Tisch. Hätte ich ein paar Duzend Knechte, und einige arme, aber handfeste Schluder, wie der Doring, der Wiede oder der Reisenberg, zu meinem Befehle, ich wollte mich auch bald reich gearbeitet haben. — Oder pocht er auf seinen Stamm? Mein Adel ist so alt als der seine, und dem Kaiser wird es schon lange leid thun, daß er ihn zum Ritter geschlagen. Was nützen ihm die goldenen Sporen? Wenn es um den Scharlachhandel zu thun ist, oder darauf ankommt, ein paar elende Kaufleute niederzuwerfen, so ist der Edelmann mit der besten Faust der tauglichste, er sei nun Ritter oder Junker. Eine gute Faust konnte man dem Bechtram nicht ablegen, aber er ist schon ein alter Bär geworden. Ich hätte mich wohl unterfangen, mit ihm anzubinden, aber ich habe die Lebrigen gefürchtet. Indessen soll er an mich denken, und es bereuen, daß er mich wie einen Schmarotzer und Kripenreiter behandelt hat. Ich fürchte, seine Hoffnung auf das Lösegeld aus Diethers Hand schlägt fehl, denn ich kenne einen, der ihm zuvorkommen wird. Heute haben wir Vollmond, und ich meine, Meister Diether werde auf der Bergener Straße zu finden sein. Ist das Geld in meinen Händen, dann wird auch Walltrade mir folgen müssen, wenn auch nicht in ihr väterlich Haus, und die Frankfurturter brennen zum schuldigen Dank dem hochmüthigen Bechtram den Schornstein ober dem Haupte weg. Pest

und rother Hahn! Ein herrliches Fändlein,“ sehte er bei, indem er, vergnügt sich die Hände reibend, aufstand: „mit einem Streiche erlange ich Diethers Geld, Walltraden's Demüthigung, Bechtrams Verderben, und zulezt muß mein verhaspter Schwager erst noch, getäuscht, mit langer Nase von diesen Mauern abziehen! Noch einmal: Glück auf den Weg, ihr Herren und Freunde, der Leuenberger macht Euch alles weit!“

Die Stunden verstrichen in sorgloser Stille. Die Waise lag einsam, und weder Kof noch Mann weit hinaus in die Runde war zu sehen. Die Sonne sank, und im Zwinger und Burghof wurde es schon schattig und düster. Die Frauen beschlossen, abermals auf dem Wartthurme lustige Helle zu suchen. Während sie jedoch die Höhe erklimmten, ließ der Leuenberger seinen Gaul aus dem Stalle ziehen, und die Pforte öffnen. — „Wildpext,“ sprach er zu dem Knechte, der ihm das Pferd vorführte: „ich lehre erst zur Nacht zurück. Der Frau magst Du sagen, daß ich, meines Falkens Steigen zu erproben, ein wenig ins Freie geritten sei. Bleibe hübsch auf Deiner Hut, und hab' Acht auf das Thor.“ — Der Knecht nickte mit dem Kopfe, und der Junker ritt aus, und lenkte seinen Klepper gleich außer der Burg auf versteckte Waldspfade, daß die auf dem Wartthurme sitzenden Weiber nicht das Geringste davon bemerkten. — „Ihr seid also völlig wieder hergestellt?“ fragte Petronella das Fräulein mit erbeuchelter Theilnahme: „Ihr werdet mir nun sagen können, ob der Luftzug über die Zinnen, oder mein arm, unschuldig Märlein an Eurem Zufalle schuld gewesen?“ — „Keins von beiden“, versicherte Walltrade spitzig: „im ganzen war es nur ein Uebelbefinden, das mich öfter anwandelt; ein Schwindel; weiter nichts, Ihr kennt ja solche Zufälle, ob sie gleich bei Euch vom Alter ihren Ursprung nehmen, und bei mir das junge heiße Blut daran Ursache ist.“ — Frau Else lachte,

mal dazu kommen, der Arbeiterklasse eine staatliche Organisation zu geben, d. h. eine, die was taugt? Um dem Unternehmertum solche zu schaffen, zerbricht sich drohen auf den Höhen der Menschheit" so ziemlich alles den Kopf, an den Arbeiter aber denkt man nicht. Das ist wieder die alte Geschichte, Das Pferd, das den Kaiser verdient, kriegt ihn nicht. —

Ernteschätzung. Für die Hauptfrüchte ergab die Juli-Schätzung im Reiche folgende Notizen:

	1893	1894	1894	
			im Reiche	in Preußen
Winterweizen	2,9	2,4	5 Points	2 Points
Winterroggen	2,7	2,4	8	2
Gerste	3,1	2,1	10	10
Kafer	3,6	2,2	14	14
Kartoffeln	2,7	2,5	2	1
Klee	4,2	2,8	14	13
Wiesen	3,9	2,1	18	18

Eitle Hoffnungen. Als die Sozialdemokraten im Februar 1893 (des vorigen Jahres) im Reichstag den Nothstand zur Sprache brachten, wurde ihnen geantwortet, die allgemeine Geschäftslage bessere sich, und namentlich sei auch zu erwarten, daß der Fall der Mac Kinley-Bill der deutschen Industrie das amerikanische Absatzgebiet wieder eröffnen werde. Die sozialdemokratischen Redner warnten vor übertriebenen Hoffnungen mit Bezug auf Amerika und führten aus, daß die Wahl Cleveland's noch keinesfalls die Abschaffung der Mac Kinley-Bill, gewiß nicht deren schnelle Abschaffung bedeute, und daß überdies infolge Erstarrung der amerikanischen Industrie auf ein Absatzgebiet wie früher in den Vereinigten Staaten überhaupt nicht mehr zu rechnen sei. Wie immer wußten die Vertreter der kapitalistischen Anarchie, die sich mit Illusionen zu füttern liebt, es besser — wir wurden als Pessimisten verächtet. Jetzt sind anderthalb Jahre vergangen. Und wer hat Recht gehabt? Die Mac Kinley-Bill ist noch nicht abgeschafft und dem Handelstheil der bürgerlichen Zeitungen entnehmen wir nachstehende Notiz:

Export nach den Vereinigten Staaten. Die Ausfuhr aus dem Bezirk des Generalkonsulats Dresden der Vereinigten Staaten von Nordamerika betrug im zweiten Jahresviertel 1894 281 240 Doll. gegen 485 965 Doll. im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Im ganzen am 30. Juni d. J. abgeschlossenen amerikanischen Rechnungsjahre belief sich die Ausfuhr aus dem Dresdener Bezirk auf 1 426 379 Doll. gegen 2 312 815 Doll. im Vorjahre.

Den Ziffern aus dem Dresdener Bezirk entsprechen die aus dem Chemnitzer und anderen Bezirken.

Die Ausfuhr nach Amerika hat sich also seit dem Anfang des vorigen Jahres nicht nur nicht gehoben, sondern ist noch um nahezu 40 pCt. hinter jenem vermeintlich tiefsten Stand zurückgegangen.

Und thatsächlich stehen die Verhältnisse so, daß die deutsche Industrie — was wir auch im Reichstage voraus sagten — sich darauf gefaßt machen muß, die amerikanische Konkurrenz in Deutschland selbst zu bekämpfen. Die gegenwärtige Krise in Amerika zwingt die amerikanischen Industriellen, sich um jeden Preis Absatzgebiete im Ausland zu suchen. Und aus einem Einfuhrland sind die Vereinigten Staaten ihrerseits ein Ausfuhrland geworden, dessen Konkurrenz uns bald gefährlicher sein dürfte als die Englands. —

Bildung und Besitz. Der Kampf gegen das „allgemeine gleiche Wahlrecht“ wird besonders eifrig von der rheinischen Kapitalistenpresse geführt, weil durch dasselbe der Einfluß von „Bildung und Besitz“ nicht zur Geltung kommen könne. In diesem Kampfe sieht voran die költnische Bourgeoisie, und in ihr Horn blasen besonders mit die nationalliberalen Professoren und Gymnasiallehrer, zumal in der nationalliberalen Muster-Universitätsstadt Bonn. Das preussische Dreiklassen-Wahlgesetz hat in der letzten Zeit eine „Reform“ erfahren, in welcher „Bildung und Besitz“ zu noch höherer Geltung kommen. So sind in Bonn die 190 Wähler der ersten Klasse auf 78, die 591 der zweiten auf 408 reduziert, während die Zahl der Wähler dritter Klasse seit 1891 von 3363 auf 4363 gestiegen ist. Dabei ist es denn gekommen, daß Oberbürgermeister, Landrath und fast sämtliche Professoren in die 3. Wählerklasse gesetzt sind, und dort mit dem Arbeiter und Handwerker das gleiche Wahlrecht theilen. Sie sind also aus der Reihe der durch „Bildung und Besitz“ Privilegien gestrichen; auf „Bildung und Besitz“ haben nur die kapitalistischen Proben Anspruch. Unsere Universitätsprofessoren, die bekanntlich von je ein

Brett vor dem Kopfe hatten, wo es sich darum handelte, die Erscheinungen des Lebens zu verstehen und zu begreifen, werden aber nach wie vor fortfahren, den Zusammenhang von „Bildung und Besitz“ zu predigen und sich zu Lobrednern des kapitalistischen Probesthums aufzuwerfen. —

Täpferer Philister. Der Philister, namentlich der liberale, parirt bekanntlich mit dem hinteren Menschen, und wird dieser tüchtig verdrohsen, so heißt das „ein moralischer Sieg“. An diese wohl bekannte Taktik erinnert uns der heutige Leitartikel der „Nationalzeitung“: „Ein Plädoyer der sozialdemokratischen Partei“. Wir sind nämlich im Bierboycott geschlagen. So belügt sich das Völkchen. —

Zur Gefängnisarbeit. Nachdem seit Jahrzehnten von Arbeitern und Handwerkern die Klagen gegen die Konkurrenz der Gefängnisarbeit laut genug erhoben sind, ist endlich die preussische Regierung so weit gekommen, daß sie nicht etwa diese Konkurrenz beseitigt, sondern an die Fabrikinspektoren die Anweisung ergehen läßt, die Frage, ob und in welchem Maße die Beschäftigung der Gefangenen die freie Arbeit beeinflusse, ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Von der Sozialdemokratie ist längst schon die Forderung erhoben, daß die Gefängnisarbeit überhaupt nicht auf dem Markt konkurriren dürfe; die Arbeit sollte sich beschränken auf die Befriedigung der Staats-, insbesondere auch der Gefängnis-Bedürfnisse. Die Künstler, statt sich dieser klaren Forderung anzuschließen, möchten entweder die Gefängnisarbeit ganz beseitigen, oder stellen das Verlangen, sie ihnen selbst zur besseren Ausbeutung zu überweisen. Sie halten es für einen Raub an sich, wenn der Staat etwa die Schuhe und Kleider der Gefangenen von diesen anfertigen läßt, statt diese Lieferung einem Innungsmeister oder einer Innung zu übertragen. Mit der Beseitigung der Gefängnis-Konkurrenz sind sie nicht zufrieden, wenn nicht für sie noch ein besonderer Vortheil herauszuschlagen ist. Es muß immer schon sehr lange dauern, ehe die Regierung sich entschließt, Untersuchungen über Uebelstände anzustellen, und auch dann ermeden die Untersuchungen meistens den Anschein, als ob es sich mehr um die Frage handle, wie die Uebelstände beizubehalten als wie sie zu beseitigen seien. —

Zum Kapitel des groben Unfugs. Das in Zwickau erscheinende „Sächsische Volksblatt“ veröffentlichte am 12. Juli folgende

Volksliste
des Wählbezirks Zwickau. (18. 22. und 23. Wahlkreis.)
Parteienoffen! Folgende Lokale stehen uns zu Verfügung zur Verfügung; wir eruchen Euch, dieselben auch bei Euren Vergnügungen, Partien und Ausflügen zu berücksichtigen. Nicht Euch danach!

Hieran schloß sich ein Verzeichniß der Lokale, die uns in mehreren Ortsgemeinden der drei Wahlkreise zur Verfügung stehen.

Nach einem Artikel des genannten Blattes scheint die Zwickauer Amtshauptmannschaft auch diese Notiz für groben Unfug erklärt zu haben. Sie hat wenigstens dieser Tage einen Erlaß publizirt, dessen Inhalt das „Sächsische Volksblatt“ wie folgt zusammenfaßt: „Im Namen der gefährdeten Gewerbefreiheit! Niemand darf öffentlich auffordern, nur solche Gewerbetreibende in Wohnung zu sehen, welche ihre Lokale zu politischen Versammlungen dieser oder jener Partei-richtung hergeben; Niemand darf Gewerbetreibende, insbesondere Gastwirthe und Restaurateure dadurch in der Ausübung ihres Gewerbes und in der freien Verfügung über ihre Lokalitäten beeinträchtigen, daß ihnen geschäftliche Nachteile, die Fernhaltung ganzer Volksschichten u. s. w. in Aussicht gestellt werden, um sie zur Aufnahme in eine Liste der von Angehörigen dieser Partei zu besuchenden Lokale und in Anspruch zu nehmenden Gewerbebetriebe zu bewegen. Wer dem zuwiderhandelt wird mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder Haft bis zu 14 Tagen gestraft.“

Damit hat die eifrige Zwickauer Amtshauptmannschaft unseres Erachtens den Bogen selbst für sächsische Verhältnisse überspannt. Wir möchten das Gericht sehen, das es wagen würde, auch diese Ausdehnung des Groben-Unfugs-Begriffs für Recht zu erklären! —

Zwei wegen Mißhandlung im Amte vom Leipziger Landgericht zu bedeutender Gefängnisstrafe verurtheilt und darauf aus dem Leipziger Dienst entlassene Polizisten sollen, wie der „Wähler“ hört, in Chemnitz wider als aktive Polizeibeamte angestellt sein. Das würde, wenn die Nachricht zutrifft, ganz gut zu den übrigen Ver-

hältnissen Sachsens passen. Ein anderes ist es aber, ob ein solches Verfahren dem Ansehen des Deutschen Reichs entspräche. Unjeres Erachtens hat das Reich das natürliche Recht darüber zu wachen, daß es durch die Handhabung der Polizei und Justiz in den Bundesstaaten nicht in seinem Ansehen gegenüber dem Auslande, z. B. gegenüber Rußland, der Türkei etc., geschädigt wird. Folglich kann es verlangen, daß in den Bundesstaaten nur Leute von makelloser Vergangenen als Polizeibeamte etc. angestellt werden. Zum Schluß sei die bescheidene Frage gestellt: Wo bleibt die persönliche Sicherheit des deutschen Staatsbürgers, wenn die Polizeibehörden Personen engagiren, von denen sie selber wissen, daß sie wegen Mißhandlung im Amte schwer bestraft worden sind? Wer giebt dem Staatsbürger die Garantie, daß solche Beamte nicht morgen wieder ebenso verfahren? —

Sächsische Justiz. Wie wir in mehreren Zeitungen lesen — uns selber ist eigenthümlicher Weise keine Nachricht zugegangen — ist das Verfahren gegen Dr. Gradnauer in Dresden wegen Erpressung eingestellt. Dagegen soll wegen desselben Delikts nächsten Sonnabend gegen Eichhorn und Findeisen verhandelt werden. —

Söhnisch, tendenziös und unpatriotisch nennt es Pincher der Zweite, daß wir gestern gesagt haben, das Deutsche Reich verdanke seinen Ursprung zwei Kriegen und einer Revolution. Waren die Kriege von 1866 und von 1870/71 etwa bloß Phantasien, und war der gewaltsame Umsturz der Bundesverfassung mit obligater Fürsten-Entthronung etwa keine Revolution — von oben? U. A. W. G. —

Herr Bennisgen. Im Reichstag von den Sozialdemokraten gedrängt, zog Herr Bennisgen bekanntlich vorigen Winter einmal den Staatsmannsrad aus und gab der Wahrheit die Ehre, indem er erklärte:

„Es geht nicht an, die Sozialdemokratie für das Pariser Attentat verantwortlich zu machen, und es sei ihm wohl bekannt, daß die Sozialdemokratie zu den Anarchisten in einem scharfen und unvereinbaren Gegensatz sich befände. Der Anarchismus sei vom Sozialismus durch eine weit größere Kluft getrennt als von der bürgerlichen Gesellschaft, denn der Anarchismus beruhe, wie die bürgerliche Gesellschaft, auf den Individualismus.“

Das war sehr vernünftig und Herr Bennisgen ist wegen dieser, allerdings stark verspäteten Erkenntniß von sozialdemokratischen Blättern neuerdings wiederholt gelobt worden. Leider hat die außerstaatmännliche Stimmung, in der Herr Bennisgen ein solches umstürzlerisches Zeugniß ablegen konnte, nicht lange gedauert — der staatsmännliche Adam ist wieder zum Vorschein gekommen, und Herr Bennisgen hat vor Kurzem gesagt: Anarchismus und Sozialdemokratie sind allerdings grundverschieden in ihrem Wesen, allein beide sind „revolutionär“. Womit natürlich für alle staats- und gesellschaftstheoretischen Aktionen die Hinterthür und auch das Vorderthor geöffnet ist. Die Logik ist klassisch. Mit derselben Logik und demselben Recht können wir sagen: Herr Bennisgen und Caserio sind in ihrem Wesen verschieden, aber beide sind außer Stande, folgerichtig zu denken. Folglich — muß Bennisgen ebenso gut geköpft werden, wie Caserio. Und bei uns sind wenigstens die Vorderfüße unbestreitbar richtig. —

Geistiges Eigenthum und publizistischer Anstand.

Ein hiesiges Lokalblatt, von dem niemand bisher gewußt hat, daß es geistiges Eigenthum besitze, sucht sich in den Auf solchen Besitzes durch folgende Notiz zu bringen:

Die publizistische Quellenverschleierung der gesammten Berliner Presse mit verschwindenden Ausnahmen und gegenüber haben wir erst vor wenigen Tagen gekennzeichnet und heute liegt wiederum ein ähnlicher Fall vor. Am Freitag Abend brachten wir die Mittheilung, daß die Mandatsniederlegung seitens des Reichstags-Abgeordneten v. Jagow im Bureau des Reichstages erfolgt sei. Am nächsten Tage wurde unsere Nachricht vom „Vorwärts“ wörtlich, von der „Volksischen Zeitung“ und der „Freisinnigen Zeitung“ in ihrem thatsächlichen Inhalt ohne Quellenangabe nachgedruckt; heute folgen nun die übrigen Berliner Zeitungen und citiren abwechselnd die „Freisinnige“ und die „Volksische Zeitung“, die wirkliche Quelle wird aber überall totgeschwiegen. Und das nennt man publizistischen Anstand!

Wir wissen nicht, ob wir die Notiz über die Mandatsniederlegung des Herrn von Jagow dem Blatt, das sich zu dieser Selbstreklame versteigt, entnommen haben oder irgend einem anderen. Jedenfalls ist die Notiz eine jener mechanischen Mittheilungen, die, wenn nicht besondere Umstände vorliegen, für Gemeingut gelten, da keinerlei geistige Thätigkeit darin steckt und folglich auch kein geistiges Eigenthum daran haftet. Und auch jetzt thun wir dem fraglichen Blatt nicht den Gefallen, es zu nennen. Was wirkliches geistiges Eigenthum betrifft, so giebt es wohl kein Blatt, welches in Anerkennung und Geltendmachung desselben anderen Blättern gegenüber peinlicher wäre als der „Vorwärts“, der gewissenhaft seine Quellen zu zitiren pflegt. —

Ein eisernes Gassenherz. Der vorige Reichskanzler war bekanntlich trotz der ihm angebotenen Eisernheit mit einem außerordentlich feinen Sinn für persönliche Gefahr versehen. Diese nicht gerade sehr ritterliche und heldenhafte Eigenthümlichkeit des Pseudo-Eisernen hat soeben zu einer kleinen Polemik Anlaß gegeben, über die wir wie folgt nach der „Kreuz-Zeitung“ berichten:

Die „Frankfurter Zeitung“ hatte in einem Artikel über den Fürsten Bismarck u. a. ausgeführt: „Da mag daran erinnert werden, daß Fürst Bismarck sich andauernd, und zwar gerade während der Herrschaft des jeho so vermissten Sozialistengesetzes in der Vorstellung befunden hat, daß er persönlich gefährdet sei. Es ist bekannt, daß sein Haus und sein Garten von allen Seiten durch eine Schaar geheimer Polizisten bewacht war, die ihn, wenn er sich einmal in der Öffentlichkeit zeigte, wie eine Wolke umgaben.“ Die „Hamburger Nachrichten“ bemerken hierzu: „Diese Ueberwachung war vom Kaiser aus eigenem Antriebe befohlen worden. Wir haben vom Fürsten Bismarck nie gehört, daß er sich persönlich gefährdet fühlte, als er im Dienste war; er hätte nach den bekannten beiden Attentaten und den ungeschickten Drohhieben alle Veranlassung dazu gehabt. Daß der Kaiser Wilhelm I. für die Sicherheit seines Kanzlers nach solchen Vorwommnissen Sorge trug, erscheint ein nicht unnatürlicher Anknüpfungspunkt monarchischer Verwundbarkeit, welches ihm die Vorsorge für Erhaltung der persönlichen Sicherheit eines Dieners nicht allein, sondern jedes seiner Unterthanen nahe legte. Mit ähnlicher Leichtfertigkeit wie die „Frankfurter Zeitung“ könnte man auch über die Sicherheitsmaßregeln spotten, mit denen Monarchen und andere hervorragende Personen im Interesse der öffentlichen Sicherheit umgeben werden.“

Der Chefredakteur der „Hamburger Nachrichten“ heißt bekanntlich Fürst Bismarck; und wenn dieser die Person des vorletzten Kaisers zu seiner Deckung benutzte, dann weiß Jedermann, was das zu bedeuten hat. Thatsache ist, daß Fürst Bismarck ungeheure Summen für seine persönliche Sicherheit verwandte — schenkte er doch seinem Leib-Ober-

während das Fräulein von Leuenberg die Stirne verzog und die spitze Nase räusperte. — „Mag ich doch der Jahre so viele zählen, als der Eryvater Methusalem.“ sprach sie bitter: „ich bleibe doch immer jung gegen das Alter unsers adligen Stammes.“ Nicht alle Leute können sich solcher Herkunft rühmen.“ — „Nicht alle Leute mögen hoffärtige Armut einem bequemem Bürgerthum vorziehen.“ verheute Wallrade gereizt: „vergebt mir, Fräulein; es mag alles wahr sein, was Ihr mir von Eurem schönen Schlosse zu Gehnhausen zu erzählen für gut findet, allein es ist wohl besseres zu finden, als schmale Kost und magere Märlein, wie Ihr sie Eurem Vetter aufsticht. Das mußte Eure Base Gretchen sehr gut; sie schenkte sich keineswegs, dem Wohlleben eines Frankfurter Bürgers ein leeres Wappen zum Opfer zu bringen.“ — „Dieses Opfer unbemessener Jugend hat auch schier mein Herz gebrochen.“ erwiderte Petronella; „der Fall soll nie auf einem Finkeneste horsten. Merkt Euch das, gute Nichte.“ — „Warum hatten doch Eure Warnungen keine kräftigere Wirkung?“ fuhr Wallrade glühend und mit Spott fort: „Meinem Hause wäre viel Unfriede erspart gewesen, — und viele Schande.“ — „Schande?“ schrie Petronella, erstickend fast vor Unwillen: „Welch böser Geist spricht denn heute diese Lästerungen aus Euch, da Ihr Euch noch gestern geberdet habt, wie ein reines Schäfflein? So man auch wollte, man könnte sich doch nicht mit Euch vertragen, denn Ihr seid schlimm, wie ein schneidiges Messer.“ — „Aberdings“, gab Wallrade zu; „in ungeschickten Händen werde ich dazu, und das ist bei Euch der Fall.“ — „Was sollen denn die Stachelreden?“ fiel Else dorb und bestig ein: „Wenn Verwandte sich also erzürnen, was sollen denn wildfremde Menschen thun? Gebt Euch zufrieden. Beide seid Ihr mir gleich liebe Gäste, — und“, setzte sie scherzend hinzu; „das Fräulein von Wolberggrün ist mir schier noch angenehmer, als Ihr, Leuenbergerin.“ — „Weil das Fräulein mit goldenen Ketten und Schmuck den gezwungenen Aufenthalt bezahlet muß“, ergänzte Petronella. — „Und Ihr das erwünschte Trakta-

ment nur mit Märlein.“ setzte Wallrade verhöhnend hinzu: „Ihr verdankt meinem Unglück, daß aber dennoch, wie alles, ein Ende nehmen wird, ein paar lustige Belagwochen. Euer alter Vater ist schon in seinem Fett erstickt, und auch Eure hagere Gestalt beginnt sich zu runden. Während dessen aber muß der arme Bauersmann, der Euch gesahret, im Thurne verzweifeln.“ — „Was kümmert mich der Mensch?“ fragte Petronella unwirlich: „Ich bin sammt meinem Vetter in Ehren geladen hierher gekommen, und es steht Euch schlecht an, mich für eine Schmarotzerin geltend zu machen. Der Hochmuth ziemt Eurer Lage nicht. Meinen Adel, meine Freiheit, mein gutes Gewissen habt Ihr doch nicht. Lacht nicht, mit dem Gewissen ist's wirklich nicht richtig; die geistige Ohnmacht, und die plötzliche Belehrung, die darauf folgte, beweisen es, und der Wüth, der Euch Reichte anhörte, würde viel zu erzählen haben, wenn er anders erzählen dürfte.“ — „Keine Beleidigung!“ zürnte Wallrade; aber Petronella hätte unerbitlich fortgefahren, wenn nicht Frau Else dazwischen getreten wäre. „Ei, beim Vetter! rief sie: „Ist des Haberns noch kein Ende? Schämt Euch, Fräulein von Leuenberg, Euer Alter sollte vernünftiger sein. Schämt Euch noch einmal, — und nehmt Euch in Acht vor dem Vetter Vetter, denn es scheint, als hätte er seine Nichte zu lieb gewonnen, als daß er Euch nicht den Kopf zurecht setzen wollte, wenn Ihr das Fräulein schmäht.“ — „Das wolle Gott verhüten!“ seufzte Petronella mit niedergeschlagenen Augen: „Der Bruder wird doch nicht dem Beispiel der Schwester zu folgen trachten?“ — „Und wenn es wäre?“ entgegnete Wallrade mit verächtlichem Scherz. — „Mein Tod wäre es“, fuhr Petronella giftig fort: „der letzte Nagel zu meinem Sarge.“ — „So sterbt immerhin!“ sprach Wallrade höhnisch weiter, während Frau Else des Lachens kein Ende finden konnte: — „der Junker von Leuenberg macht mir den Hof, und hat geziemend um meine Hand geworden.“

(Fortsetzung folgt.)

Spiegel Kriger neben dessen sehr hohem Gehalt noch extra 60 000 Mark, natürlich nicht aus eigener Tasche, sondern aus dem Reptilienfonds! Thatsache ist ferner, daß Fürst Bismarck sich sogar im Reichstag durch eine Horde von Spitzeln bewachen ließ, die auf die Tribünen vertheilt waren, — und daß er trotzdem von lächerlichster Furcht erfüllt war und leichenblau zusammenschredte, wenn Jemand in seiner Nähe ein Taschentuch rasch hervorzog. Er dachte dann jedesmal, daß Schicksal Alexanders von Rußland würde ihm bereiten. Das böse Gewissen ließ ihm keine Ruhe, er hatte eine höllische Angst vor uns, und keine Ahnung davon, wie nützlich er uns war. —

Ein weißer Elefant. Jemand ein böshafter Feind Deutschlands hat einigen Samoanern die Idee eingegeben, dem Deutschen Reich die Samoa-Inseln als Geschenk zur Einverleibung anzubieten. Und natürlich haben auch einige christlich-germanische Kolonialherren schon angeknabbert, ohne sich um völkerrechtliche Verpflichtungen und ähnliche Kleinigkeiten zu kümmern. Dieses — zum Glück sehr windige — Danaergeschenk erinnert uns an die Praxis der Sultane von Siam, die, wenn ihnen ein Vasalle zu mächtig wurde, ihm einen weißen Elefanten zum Gnadengeschenk machten. Der unglückliche Empfänger war hochgeehrt und wurde langsam aber sicher arm gestressen. —

Wieder ein anarchistischer Geheimbund ist in Prag entdeckt worden. Die Mitglieder zwischen 18 und 20 Jahre alt.

Leider sagt das Telegramm nicht, ob der Zweck des Geheimbundes war Fenster einwerfen oder Vogelneister ausnehmen. —

Für die jämmerliche Justiz Ungaruns bezeichnend ist folgender Ausruf der Budapest „Volkstimme“: „Trotz der Intervention ihres Verteidigers befinden sich unsere fünf Hódmezö-Básárhelyer Genossen noch immer ungerechtfertig in Haft. Der Hódmezö-Básárhelyer Meuchelmörder aber, der aus dem Stadthaus heraus einen Arbeiter erschossen hat, läuft noch immer frei umher. Herr Justizminister! Es wäre bald an der Zeit, daß Sie Ihres Amtes walteten.“

Ungarn ist in den Händen der Liberalen. Was es mit ihrem Liberalismus für eine Bewandnis hat, zeigt der vorstehend wiedergegebene Ausruf. Die gefangenen Genossen, zu deren Gunsten das ungarische Bruderblatt seine Stimme erhebt, sind Opfer jenes schmachtvollen Ueberfalls, den ein Häuflein von Grundeigentümern, verbündet mit der Polizei, vor einigen Monaten im Theiß-Gebiet gegen unsere Genossen organisiert hat. —

Oesterreich. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht heute die drei die Valutaregulierung betreffenden Gesetze vom 9. Juli 1894, erstens das Uebereinkommen mit Ungarn betreffend die Einlösung von 200 Millionen Gulden Staatsnoten, sodann das Gesetz, durch welches dem Finanzminister 224 Mill. Kronen Landesgoldmünze überlassen wird, und das Gesetz, welches den Umlauf der Salinenscheine auf 70 Millionen Gulden herabmindert. — Durch eine Verordnung des Finanzministeriums von heute wird die Ausgabe von Einguldennoten seitens der Staatskassen und Ämter von heute ab eingestellt. —

Aus dem Vaterlande Tell's sind wieder drei „Anarchisten“ ausgewiesen worden. O Freiheit! —

Das italienische Ausnahmegesetz treibt schon jetzt seine wohlbekannten Blüten. Die vorletzte Nummer der „Lotta di classe“, das Centralorgan der Sozialdemokratie Italiens wurde beschlagnahmt, weil sie angeblich einige Artikel enthalten haben soll, die zum Klassenhaß aufreizten. Gelegentlich der Hausdurchsuchung in der Redaktion wurden einige Exemplare der Arbeiterhymne gefunden und beschlagnahmt; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß alle Exediteure, die dieses Lied verfaßt haben, unter Anklage gestellt werden. In Bergamo wurden die Genossen Piazza-Lunga und Savazzi Guiglielmo wegen Absingens der Arbeiterhymne zu je 17 Tagen, Genosse Zucchi, der „nieder mit den Kriegsgerichten“ gerufen haben soll zu 15 Tagen Haft verurteilt. In Mailand wurden den gelegentlich der Demonstrationen vom 2. Juni (für de Felice) Verhafteten folgende horrenden Strafen zuerkannt: Casassi 15 Monate, Spignaroli und Imbrigo je drei Monate und 100 Lire Geldstrafe, Junek 2 Monate 15 Tage und 88 Lire Geldstrafe, Advokat Amerigo Garzoni und Dr. Giovanni Garzoni je einen Monat Gefängnishaft.

Dachten aber die Crispi und Genossen, durch solche Mittel der italienischen Bewegung ein Halt gebieten zu können, so haben sie sich wahrscheinlich schon jetzt überzeugt, daß sie die Rechnung ohne den Wirth gemacht haben. Die italienischen Genossen werden durch das Ausnahmegesetz nur enger aneinander geschlossen. Die Agitation hat trotz der Gefahr, mit welcher sie verbunden ist, an Energie zugenommen, dafür spricht auch der erste Provinzialtag, der am 22. Juli in Albano für das alte Latium tagte. In dieser Provinz war die Propaganda nur eine schwache, der Provinzialtag war daher geeignet, durch den Anschluß der schon vorhandenen Arbeitervereine an die sozialdemokratische Partei, eine einheitliche Organisation zu schaffen und eine energiereichere Agitation zu ermöglichen. Der nächste Parteitag der italienischen Sozialdemokratie ist für den 7., 8. und 9. September nach Imola einberufen. —

Das „verbrecherische Gesetz“ des Herrn Casimir Perier ist noch nicht zu Fall gekommen; es steht aber auch nicht mehr auf festen Füßen. Der blinde Schreck, in den nach der Ermordung Carnot's breite Schichten der Bevölkerung in Frankreich sich werfen ließen, hat an Kraft verloren, und die Vermuthung, daß das Knebelgesetz gar nicht gegen die Anarchisten, sondern gegen die Feinde der Regierung, gleichviel welcher Partei sie angehören, sich richte, bringt in immer weitere Kreise. Die Minister und ihre Zeitungen behaupten zwar, sie hätten nur an die Anarchisten. Allein, wenn das wahr wäre, würde man kein Preis-Knebelgesetz beantragen haben, das den Anarchismus ebenso wenig aufhalten kann, wie ein Zeitungsblatt einen Mordstahl. Die wirklichen Feinde des Anarchismus fordern keine Ausnahmegeetze, und wer Ausnahmegeetze fordert, ist kein Feind des Anarchismus.

Die neuesten Telegramme lauten:
Paris, Montag, Deputirtenkammer. Im weiteren Verlaufe der Sitzung beläufige Betheuerungen den Artikel III des Anarchistengesetzes, welcher die Strafe der Verbannung aussetzt und erklärte, es würde eine Schande für die Republik sein, wenn eine solche Strafe für ein Vergehen, das in einer Ansicht behände, festgesetzt werden solle. Justizminister Guéin erwiderte, das Gesetz habe nur den Anarchismus im Auge;

übrigens wäre die Anwendung der Verbannung von allen wünschenswerthen Garantien umgeben und das ganze Land billige die Gesetzesvorlage gegen die anarchistische Sekte (Beifall.) Ein von Balsan befürwortetes Amendement, nach welchem es nur den Schwurgerichten zustehen soll, die Verbannung auszusprechen, wurde mit 290 gegen 224 Stimmen abgelehnt und darauf der erste Theil des Artikels III mit 316 gegen 180 Stimmen angenommen.

Paris, Dienstag, Deputirtenkammer. In der Vormittagssitzung wurden alle Zusatzartikel zu dem Artikel III abgelehnt. Sembat und Millerand riefen einen lebhaften Zwischenfall dadurch hervor, daß sie der Regierung vorwarfen, unter dem Einflusse des Präsidenten Casimir-Perier zu stehen, und für die Kammer das Recht in Anspruch nahmen, die Handlungen des Präsidenten der Republik unter Kritik zu unterziehen. Hiergegen protestirte Ministerpräsident Dupuy und Justizminister Guéin. Hierauf wurde der Artikel III im Ganzen endgiltig angenommen und die Sitzung auf Nachmittags verlag.

England. Das Unterhaus hat nach dreitägiger Debatte mit 259 gegen 227 Stimmen in zweiter Lesung die Bill betreffend die irischen ausgepachteten Pächter angenommen. —

Eine internationale Konferenz der britischen Kolonien tagte vor Kurzem in Ottawa, der Hauptstadt von Kanada. Ueber die Ergebnisse dieser Konferenz schreibt man halbamtlich:

Die Konferenz der britischen Kolonien hat schon eine Folge gehabt, indem die wichtigste Frage ihrer Beratungen im britischen Parlamente zur Verhandlung gekommen ist. Der Grundgedanke, welcher die Einberufung der internationalen Konferenz veranlaßte, war der seit einigen Jahren ausgetauchte Plan einer Zollunion zwischen dem Vereinigten Königreiche und seinen Kolonien. Der Bildung dieser Zollunion stehen die von Großbritannien mit mehreren Staaten, darunter namentlich mit Deutschland und Belgien abgeschlossenen Reichbegünstigungs-Verträge entgegen. Die internationale Konferenz hat nun die Aufhebung dieser Verträge nicht unmittelbar beschlossen, sie hat aber eine Verbindung der Kolonien mit dem Mutterlande in bezug auf Zölle vorgeschlagen, welche nicht auszuführen ist, so lange jene Verträge bestehen; alle Begünstigungen, welche die englische Regierung ihren Kolonien zugesprochen wollte, würden jetzt auch Deutschland und Belgien zu gute kommen. Das würde aber dem Plane der Kolonial-Regierungen widersprechen. Auf eine Anfrage, wie sich die britische Regierung zu der Angelegenheit verhielte, hat nun Sir G. Grey die Thatsache erwähnt, daß die Handelsverträge mit dem Deutschen Reiche und Belgien durch diplomatische Kündigung aufgehoben werden könnten; sonst hat er ein Eingehen auf diese Frage abgewiesen mit dem formellen Grunde, daß sich die Frage, wie weit die Verträge eine differenzielle Behandlung der Kolonien behindern, nicht in so allgemeiner Form beantworten lasse. Es ist erklärlich, daß die britische Regierung sich noch nicht auf eingehende Erklärungen über die schwierige Frage in ihrem unfertigen Stadium einlassen will. Sie wird aber bei der bekannten britischen Fähigkeit immer wieder vorgebracht werden und bei dem Wunsche des Cabinets, den Anforderungen der Kolonien möglichst nachzukommen, stetig einen Schritt vorwärts gehen.

Die deutsche Industrie muß sich eben auf weitere Verluste von Absatzgebieten vorbereiten. Die Politik des engstirnigen nationalen Egoismus, der die deutsche Handelspolitik seit 1878 leitet, kommt auch in anderen Ländern mehr und mehr zum Durchbruch, und als wirtschaftlich schwächere Macht kommen wir bei handelspolitischen Konflikten mit England und dessen Interessensphäre natürlich nicht gut weg. Wir müssen uns eben, gleich anderen Industrieländern, darauf einrichten, hauptsächlich für den Binnenmarkt zu arbeiten — da alle auswärtigen Absatzmärkte, bei dem Emporkommen der Industrie in allen Ländern, nach und nach verloren gehen müssen. Freilich, wenn die handelspolitischen Klauzige ins Ausland aufhören, ist für die kapitalistische Industrie Mattheit an Zeiten, und wird die bürgerliche Gesellschaft mit der Nase auf und in den Sozialismus gestoßen. —

Parteinachrichten.

Aus Rudolstadt i. Th. empfangen wir folgende Zuschrift: Auf dem am 8. Juli in Königssee abgehaltenen Parteitag für das Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt wurden u. a. folgende zwei Beschlüsse gefaßt:

1. Die Sozialdemokraten Schwarzburg-Rudolstadts beantragen bei der Parteileitung, dafür Sorge zu tragen, daß auf dem nächsten Parteitag der Sozialdemokraten Deutschlands folgende Frage zur Diskussion gestellt wird: Ist es nicht möglich, von Parteiwegen eine Zeitschrift, die vielleicht in Form der „Neuen Welt“ gegen geringes Extra-Entgelt als Beilage zu den Parteiblättern, oder auch als selbständiges Blatt, nur so billig wie möglich, erscheinen könnte, zu schaffen, deren Inhalt ungefähr zur Hälfte aus Aufsätzen naturwissenschaftlichen Inhalts und zur Hälfte aus solchen über praktisches Lehr- und Erziehungsweesen besteht?

Zur Begründung dieses Antrages wurde angeführt, daß uns ein solches Blatt, namentlich in kleinen und mittleren Orten, wo Arbeiterbibliotheken nicht existiren oder wegen zu langer Arbeitszeit nicht ausgenutzt werden, sehr viel nützen würde.

Die Sozialdemokraten Schwarzburg-Rudolstadts protestiren gegen das Einsammeln von Geld unter den Genossen zur Errichtung von Denkmälern zu Ehren verstorbenen Mitglieder der Partei, sowie auch gegen Aufforderungen in der Parteipresse zu solchem Zweck. Dagegen werden Genossen und Vereine, die Geld übrig haben, ersucht, die Aufforderungen in der Partei- und Gewerkschaftspresse unter den Rubriken: Arbeiterbewegung, Streiks, Auspersungen u. s. w. zu verfolgen und das Geld an die dort angegebenen Adressen zu senden, da wir den wirtschaftlichen Kampf, in bezug auf Förderung des Klassenbewußtseins und innere Festigung der Partei, für notwendiger halten, als das Setzen von Denkmälern, und diesen deshalb mit aller Kraft gefördert wissen möchten.

Bei der Begründung wurde erwähnt, daß durch den Antrag der Ehre verstorbenen Genossen durchaus nicht zu nahe getreten werden solle, daß und aber die Denkmäler, die sich diese in ihren Thaten und Schriften selbst gesetzt haben, vorläufig die Kleinern sehr wohl ersehen könnten. Auch müsse sich jeder gewerkschaftlich organisirte Genosse sagen, daß das Anlegen der wenigen Groschen, die wir übrig haben, zu solch unproduktiven Zwecken bei jetziger Zeit durchaus nicht an Platze sei.

Eingebacht wurde der Antrag, weil in der Parteipresse zum Einsammeln von Geld zur Errichtung eines Denkmals für den verstorbenen Genossen Töbke in Dortmund angefordert worden war.

Wir bitten die Genossen aller Orten, zu diesen beiden Punkten Stellung zu nehmen.

Da die Schwarzburg-rudolstädtischen Parteigenossen die Besprechung ihrer Anträge selber wünschen, so wollen auch wir wenigstens über den zweiten Antrag unsere Meinung sagen. Die Schaffung eines neuen Blattes ist eine Frage, die wir hier nicht erörtern wollen. Was die Sammlungen für „Denkmäler“ betrifft, wobei es sich übrigens in der Regel um ein mehr oder minder einfaches Grabmal handeln wird, so meinen wir, daß man es den Parteigenossen nicht zu verbieten hat, einen verdienstvollen Freund und Kämpfer nach seinem Tode auf solche Weise zu ehren und sich mangels eigener

Mittel an die auswärtigen Parteigenossen zu wenden. Das ist kein Personalkultus, sondern ein Akt der Pietät, und besonders tröstlich für die Verwandten des Todten, denen man dadurch die beruhigende Gewißheit giebt, daß er nicht vergessen ist von denen, für die er im Leben kämpfte und litt. Das durch die übrigens sehr seltenen Sammlungen für solche Zwecke die Unterfütterung streikender oder ausgeperrter Arbeiter Schanden litte, ist nur richtig, wenn man verlangt, der Sozialdemokrat müsse den letzten Groschen, den er übrig hat, auf dem Altare der gewerblichen Kämpfe opfern.

Die Landeskonferenz der badischen Sozialdemokratie ertheilte den Landtagsabgeordneten Dreßbach, Dr. Müdt und Stegmüller eine Rüge, weil sie trotz des betreffenden Beschlusses des Karlsruher Parteitages bei ihren Beschlüssen im Landtag keine Einigkeit haben walten lassen. In Beziehung auf den Abgeordneten Siegmüller, der übrigens bereits bei der Wahl zur Konferenz unterlegen war, wurde der Spruch noch verschärft. Die Konferenz schloß ihn mit der Aufforderung aus, daß er sein Mandat niederlegen solle.

Bei der **Gewerbegerichtswahl in Neutlingen** flochten in der Klasse der Arbeitervertreter die sozialdemokratischen Kandidaten mit 411 bis 807 Stimmen von insgesamt abgegebenen 424 Stimmen.

Unterhaltend schildert die „Unterfränkische Volkstribüne“ die Betriebsamkeit eines Pfaffen, das sich in den Kopf gesetzt hat, die Sozialdemokratie in Bamberg auszurotten. In einer Versammlung des katholischen Arbeitervereins sprach der Domprediger Dr. Winterstein zunächst über die Wunderwirkungen einer österreichischen Wallfahrt, witterte dabei ordentlich auf die Wiener Zeitungen los, die über einen Jesuitenpater allerlei lächerliche Bemerkungen gemacht haben sollen, verdonnerte das Freimaurerthum als größten Feind der katholischen Kirche und sprang dann mit einer eleganten Wendung auf sein Lieblings Thema: die +++ Sozialdemokratie über. Jetzt war der Herr im richtigen Zuge. Zunächst wollte der lebenswürdige Herr wissen, in welchen Stadttheilen die Sozialdemokratie am stärksten vertreten wäre. Aus der Mitte der Versammlung wurde ihm das Grömbühl und die Lehnleite bezeichnet. Und welche Berufsarten sind wohl am stärksten in der Sozialdemokratie vertreten? wollte der gute Herr weiter wissen. „Die Schuster!“ rief einer. (Lebhafte Proteste bei den Schustern.) Hierauf kamen die Metallarbeiter, die Schreiner und die Zigarettenmacher an die Reihe. Der Herr Domprediger notirte alles sorgfältig und fragte dann mit süßlicher Miene wieder: „Und in welchen Geschäften sind wohl diese Unstärker am stärksten vertreten?“ Es wurden ihm hierauf die Namen von etwa 6—8 Betrieben genannt, die er ebenfalls notirte und dann den Auftrag gab, man möge ihm heimlicherweise die Namen der Sozialdemokraten in jenen Geschäften, unter Angabe der Nationalität und Religion der Betreffenden, mittheilen. Zur Erläuterung fügte er hinzu, daß es sich für ihn darum handle, den Versuch zu machen, neue Mitglieder für den Verein zu werben und gegenüber den Behauptungen der Glaubensgenossen auf dem Lande, daß der Verein in der Stadt zurückginge, den Gegenbeweis zu liefern. Die Protestanten, führte dann der Redner weiter aus, sind für uns nichts, die werden nicht aufgenommen; ich glaube, daß die meisten Sozi hier Fremde, Preußen, Wälder, Württemberger und Sachsen sind, die haben das ganze Land verseucht, hauptsächlich die Sachsen und Württemberger; das sind Leute, die keine Religion haben, noch jemals welche hatten u. s. w.

Eine Warnung erlassen die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ und der „Wähler“ vor dem etwa 65—60jährigen, aus Pirna gebürtigen Stelmacher Wilhelm Lorenz, der, gestiftet auf eine aus dem Jahre 1887 stammende Empfehlung Hamoverscher Parteigenossen, die Gutmüthigkeit der Parteigenossen ausbeutet. Er zieht durch die Städte Hamburg, Berlin, Bremen Hannover, Dresden, Leipzig u. a., überall mit angeblichen Bekanntschaften hervorragender Parteigenossen renommirend, und lebt von dem Betrag der Brandschadung vertrauensfertiger Arbeiter und Parteigenossen.

Todtenliste der Partei. In Gule, Kreis Neurode in Schlesien, starb am 8. Juli der Weber Josef Knittel, 62 Jahre alt. Er war seit vielen Jahren ein treues Mitglied der Partei und besonders bei den Wahlen in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes unermüdet thätig. So gesinnungstreue Knittel war, so arm war er auch; er war von dem sprichwörtlich und thatsächlich armen Hauswebern des Gulegebirges einer der Ärmsten, trotzdem hat er zur Zeit, wo die Partei noch mit sehr beschränkten Geldmitteln arbeiten mußte, manchen Weg umsonst gemacht, und jede Gelegenheit zur Agitation unter seinen Berufsgenossen benützt, als diese nur übermäßig in den Händen der Pfafferei staken. Durch den Tod ihres Ernährers ist Knittel's Familie, Frau und drei unversorgte Kinder, wovon eins völlig blödsinnig, in um so größere Noth gekommen, als Frau Knittel körperlich gebrechlich ist. Die Redaktion unseres in Langenbielau erscheinenden Bruderorgans, „Der Proletarier aus dem Gulegebirge“ fordert deshalb zur Unterstützung der bedrängten Familie auf.

Der Korbmacher J. Strobel, einer der ältesten Parteigenossen Kürzberg's, ist am Sonnabend im 50. Lebensjahre verstorben. Auch er war gerade unterm Sozialistengesetz am thätigsten, woraus die Gegner die Lehre ziehen können, daß Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokraten nicht den geringsten Werth haben.

Polizeiliches, Gerichtliches u. c.

— Was sich die Schwarzröcke in Preußen alles erlauben, geht auf keine Kuhhaut mehr. Wie die Bielefelder „Volkswacht“ meldet, ließ der evangelische Pastor Kuhlmann in Werther durch Schulkinder ein Flugblatt verbreiten, worin u. a. in gebäffigster Weise gegen unsere Parteigenossen Groth, Glomke und Th. v. Wächter losgehoben wird. Das wäre nun unter heutigen Verhältnissen nichts verwunderliches, so unflüchtig auch die Verwendung von Schulkindern zum Austragen solcher Schundliteratur ist. Aber das Flugblatt enthält weder den Namen des Verlegers, noch den des Druckers, noch den des verantwortlichen Verfassers. Solange nun in Preußen noch die Verfassungsvorschrift gilt: Jeder Preuße ist vor dem Gesetze gleich, verlangen wir, daß die Polizei auch Briefe und überhaupt Leute der sogenannten „höheren“ Stände beim Kraken nimmt, wenn sie sich, wie der Pastor Kuhlmann in Werther, so flagrant gegen das Gesetz vergehen. Wir wählten wenigstens nicht, was uns abhalten sollte, die strenge Durchführung der Gesetze solchen Leuten gegenüber zu verlangen, aus deren Reihen heraus fortgesetzt Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie gefordert werden.

— Wie mangelhaft in Sachsen sogar eine Oberbehörde darüber unterrichtet sein kann, was ihres Amtes und was nicht ihres Amtes ist, geht aus einem Dresden'scher Schöffengerichtsurtheil hervor. Der Handarbeiter Hofmann aus Loschwitz war wegen nicht genehmigten Anlebens eines zum Voglott des Gasthofs zur Gule auffordernden Plakats vom Gemeindevorstand in Loschwitz zu 20 Mk. Geldstrafe wegen groben Ungehorsams verurtheilt worden, und die Amtshauptmannschaft für Dresden-Neustadt hatte ihm noch 3 Tage Haft auferlegt, weil das Plakat weder den Drucker noch den Verleger bezeichnete und Hofmann somit gegen das Preßgesetz gesündigt hatte. Das Schöffengericht, dessen Vorsitz Hofmann antrat, bestätigte die vom Loschwitzer Gemeindevorstand festgesetzte Geldstrafe, hob aber die Verfügung der Amtshauptmannschaft mit dem Bemerkten auf, daß derartige Behörden nicht zuständig seien, wegen Vergehen gegen das Preßgesetz Strafen auszusprechen.

Der durch seine naturwissenschaftlichen Werke bekannte Schriftsteller Sommelet, ein geborener Schweizer, soll aus seinem bisherigen Wohnort Stuttgart und aus ganz Württemberg ausgewiesen worden sein. Als äußeren Anlaß der Ausweisung bezeichnet man eine Versammlung, wo der genannte Schriftsteller einen Vortrag über die — Steinkohle gehalten hat. Wenn die Weidung zutrifft, so hätten wir mit einem Schwabenreich erster Güte zu thun.

Soziale Uebersicht.

Wie die Regierenden auf ihren Reisen über die wirklichen Verhältnisse getäuscht werden, ist wieder aus einer Notiz der Frankfurter „Volkstimme“ zu ersehen. Danach soll der Handelsminister v. Bexlerpsch der Stadt Forst einen Besuch abstatten wollen, aber er hat ihn — wir wissen's nicht — inzwischen vielleicht schon gemacht. Kurz und gut. Seitdem der Besuch vom „Forster Tageblatt“ angekündigt war, konnte man in einigen Fabriken eine fieberhafte Thätigkeit beobachten. Fenster, Treppen, Aborte u. s. w., die Jahre lang weder Wasser noch Seife gesehen hatten, wurden und werden gesäubert, schmutzige Arbeitsstühle frisch gestrichen, Maschinen auf das sauberste gepuht, und jedenfalls dürften sich die Arbeiter nicht wundern, wenn sie vom Prinzipal oder Werkmeister die Weisung erhalten, während der Tage, wo der hohe Besuch in der Stadt Forst weilt, im Sonntagsanzug zu erscheinen, sofern sie bei ihren niedrigen Löhnen überhaupt einen haben. Ob die Stabilitätsmaß, die der Minister besichtigen sollte, bereits bestimmt waren, ist nicht bekannt. Unmöglich wäre es ja nicht, meint die „Volkstimme“, sei doch das Unternehmertum oft darauf bedacht, das Glend und die Armuth der arbeitenden Klassen in heuchlerischer Weise zu verdecken.

Wie niederträchtig die Agitation gegen die selbständigen Vergarbeiter-Vereinigungen betrieben wird, lehrt auch folgende Notiz, die die „Wattenscheider Zeitung“ am 11. Juli und nach ihr eine Reihe anderer Zeitungen veröffentlichten: „Wie wir schon erfahren, hat der Konsumverein Rhein-Weisfl. Bergleute Glückauf seinen Konkurs bei dem königlichen Amtsgericht in Welfenkirchen angemeldet. (Es ließ sich dieses schon sehr lange voraussehen; wo mag nur das Geld geblieben sein?)“

Dem gegenüber erklärt der Vorstand des Konsumvereins, daß an der ganzen Notiz kein wahres Wort sei und daß gegen die Redaktion der „Wattenscheider Zeitung“ Strafantrag gestellt werden würde.

Vernünftiger als bisher so mancher Fabrikinspektor urtheilt der Opperler Gewerberath über das Familienleben der Arbeiter. Er sagt im Bericht über seinen Bezirk: Das Familienleben des oberhessischen Arbeiters ist im allgemeinen besser als sein Ruf. Der Mann hat Sinn für seine Kinder, beschäftigt sich gern mit ihnen. Die Sorge für die Wirtschaft überläßt er meist seiner Frau. Diese ist meist wirtschaftlicher, und wenn sie auch in der Regel ohne jegliche Erfahrung im Haushaltungswesen in die Ehe hineintritt — ein bedauerlicher Umstand, woraus der einzelnen jedoch ein Vorwurf nicht gemacht werden kann —, so hat sie doch viel guten Willen. Sie hat vor der Verheirathung meist Jahre lang in Gruben und Hüttenbetrieben gearbeitet, kaum Gelegenheit gehabt, sich um Haushaltungs-Angelegenheiten zu kümmern, und muß daher zunächst Lehrgeld zahlen. Wenn es ihr nicht immer gelingt, die Wohnung stets sauber zu erhalten, so ist das auf den meist sehr reichen Kindersegen zurückzuführen, der ihre Zeit voll auf in Anspruch nimmt.

Zeitgemäße Betrachtungen stellt unser hannoversches Bruderorgan, der „Volkswille“, über die verschiedenartige Behandlung an, die man in Hannover dem deutschen Kriegerbunde, der dort am Sonntag seinen Abgeordnetentag begann, und den Arbeitervereinen zu Theil werden läßt. „Alle Preußen“, schreibt der „Volkswille“, „sind vor dem Gesetze gleich.“ Was dem Bunde der Arbeiterliederfänger, bei Arbeiterleichenkonfakten, der hiesigen Sozialdemokratie, der Brauerliederfänger, dem Verein der Hausdiener u. nicht gestattet wurde, weil die „öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet“ erschien, das können die Gastwirthe, die Feuerwehrlente, die Beirathungsvernehmer, die Studenten und die Kriegervereiner unbehindert betreiben. Aber auch noch in anderer Hinsicht regt der heutige Tag zu lehrreichen Betrachtungen an. Die Kriegervereine gehören nämlich mit zu denjenigen Korporationen, die es nicht verschmähen, für ihre Feste Kommunalgelder zu beanspruchen. Magistrat und Bürgervereiner-Kollegium haben seinerzeit für den gegenwärtig hier tagenden Abgeordnetentag des deutschen Kriegerbundes 2000 M. Sage und Schreibe zweitausend Mark, bewilligt, aber nicht etwa aus ihren Privat-, sondern aus Stadtmitteln. . . . Der Städtetrag verschlang 1200 M., die Kriegervereiner bringen diese Tage 2000 M. unter die Decke und die Radler in den nächsten Tagen 3500 M. In Summa sind auf diese Weise 7200 M. vollständig nutzlos ausgegeben worden. 7200 M. werden innerhalb weniger Monate nutzlos verausgabt, während mehrere Klassen der städtischen Bürgerschulen überfüllt sind und es an Geld mangelt, die Gehälter der Volksschullehrer zu erhöhen. Aber nicht nur die Volksschullehrer harren vergeblich auf eine entsprechende Erhöhung ihres geringen Einkommens — die städtischen Arbeiter sind noch weit über daran. Für einen Lohn, der eben hinreicht, um das nackte Leben zu fristen, um sie vor dem Verhungern zu schützen, müssen sie ihre anstrengende und nützliche Arbeit verrichten. Wäre es nicht besser gewesen, wenn man jene 7200 M. anstatt für Festlichkeiten, für Eh- und Trinkgelage auszugeben, dazu verwendet hätte, das Loos der städtischen Arbeiter auszubessern? Doch bisher hat sich kein Stadtvater gefunden, der für jene Armen, die der Stadt mindestens ebenso nützliche Dienste leisten, wie mancher schwerbesoldete Beamte, in die Schranken getreten wäre.“

Der Lohn der Straßenlehrer Hannovers soll pro Stunde nur zwölf Pfennige betragen!

Für die fortschreitende Verminderung der Arbeitsgelegenheit kann der vermehrte Besuch der Verpfleg- und sonstiger Anstalten für reisende Arbeiter wohl als ein sehr kräftiger Beweis betrachtet werden. So war in der Arbeitsstätte für arme Durchreisende in Dessau der Besuch im Verwaltungsjahre 1893/94 um 1624 Gäste stärker als im Jahre vorher, wo 4944 fremde Arbeiter zureisten. Die Steigerung betrug also nahezu 33 pCt. Es ist nicht anzunehmen, daß in anderen Orten die Zahl der zugereisten Arbeiter geringer gewesen wäre. Jedenfalls beweisen auch die Berichte der Gewerkschafts-Unterstützungskassen, der Wohlthätigkeitsvereine u. d., daß die Arbeitsgelegenheit zur Vermehrung der Bevölkerung nicht in dem richtigen Verhältnis steht. Die Behauptung, wer arbeiten wolle, finde immer Arbeit, ist albern. Es fehlt thätig an Arbeit, und das liegt zum guten Theil daran, daß der Unternehmer den Arbeitstag so lang ausdehnen kann, als er will und als sich seine Arbeiter gefallen lassen wollen. Gesetzliche Beschränkung der täglichen Arbeitszeit ist daher in erster Linie nöthig, um den Markt von Arbeitslosen zu entlasten.

Die Sklaverei der sächsischen Weberinnen schildert das „Sächsische Volksblatt“ in einem Bericht aus Grimnitz a. u. Es heißt dort: . . . Wie immer, so betrachten auch jetzt noch die Herren Unternehmer die Frau als ein beliebiges Ausbeutungsobjekt, mit dem sie nach Belieben schalten und walten können. Die Arbeiterinnen erhalten noch niedrigere Löhne als die Männer und erleiden ganz enorme Abzüge vom Lohn. Hierbei können wir nicht verschweigen, daß zuweilen auch an die Arbeiterinnen unbillige Ansinnen gestellt werden, nur daß darüber so lange wie möglich Stillschweigen erfolgt. Die armen Wesen wagen nicht zu mucken, um die Arbeit nicht zu verlieren, oder schweigen aus Scham. Ueber derartige Fälle sind gegenwärtig von Arbeiterseite Ermittlungen im Gange.“

Ueber die Lage der Bäckergelesen in Mannheim lesen wir in der dortigen „Volkstimme“: . . . Nicht allein, daß die Gelesen wie Schulbuben behandelt werden, daß bei dem geringsten Vorkommnis über sie in der Innung abgeurtheilt wird, ob sie in Mannheim Arbeit haben oder geachtet werden sollen, nein, auch erwachsene Leute müssen sich bieten lassen, daß ihnen seitens des Sprechmeisters Ohrspeigen angeboten und auch thätiglich verabreicht werden. Dem steigt da nicht die Schamröthe ins Gesicht? . . . Vor solchen Vorkommnissen können sich die Bäckergelesen nur schützen, wenn sie sich organisiren, um so vereint den Ausschreitungen der Meister gegenüberzutreten.“

Zeugnisszwang. Der Redakteur des „Promberger Unparteiischen“ sollte 30 M. Geldstrafe zahlen, weil er, als Zeuge vernommen, die Nennung des Verfassers eines von Eisenbahnangelegenheiten handelnden Artikels verweigert hatte. Die Beschwerde dagegen wurde vom Landgericht zurückgewiesen. Der Redakteur hat nun das Oberlandesgericht angerufen. Er stützt seine Beschwerde darauf, daß es keinen Gesetzesparagrafen gäbe, wonach in einer Voruntersuchung, die zur Einleitung einer Disziplinar-Untersuchung ange stellt wird, die Verweigerung des Zeugnisses strafbar sei. — Auch der sonst sehr konservative und sogar offiziöse „Hamburger Korrespondent“ verurtheilt den Zeugnisszwang, namentlich wenn er gegen Redakteure angewandt wird. „Der Redakteur“, schreibt das Blatt, „ist gesetzlich verpflichtet, Zeugnis abzugeben; das Redaktionsgeheimnis ist andererseits für ihn eine Ehrensache. Bricht er es, so täuscht er ein in ihn gesetztes Vertrauen, entwürdigt sich in den Augen seiner Berufsgenossen und schädigt sich unter Umständen schwer in seiner Ehre; wer wird einen Redakteur beschäftigen, der die pflichtgemäße Disziplin verlehrt? So kann er in den peinlichsten Zwiespalt zwischen Gesetz und Gewissen kommen, und gerade von dem ehrenhaften Redakteur wird man verlangen, daß er der Stimme seiner Berufspflicht folgt. Bis dieser im Volke allgemein herrschenden Ansicht aber im Gesetze Rechnung getragen wird — etwa anlässlich einer oberdeutschen Revision des Preußengesetz —, sollte der Zeugnisszwang gegen den Redakteur nur im äußersten Nothfalle zur Anwendung kommen, wenn alle anderen Mittel zur Ermittlung des Schuldigen fruchtlos geblieben.“

Im Alfenburger Gewerbebezirke ist der Geschäftsgang im Jahre 1893 noch schlechter gewesen, als im Jahre vorher. Als Beweis dafür führt der Fabrikinspektor in seinem Bericht an, daß 11 Betriebe in Konkurs geriethen und in sämtlichen Industrien entweder Arbeiter entlassen oder die Arbeitszeit beschränkt oder die Löhne herabgesetzt werden mußten. Selbst Herr v. Boetticher wird glauben müssen, daß dadurch die Lage der Arbeiter noch mislicher wurde, als sie es schon war. Die Knopfabriker z. B. verdienen während des langen Zeitraums von einem halben Jahre nicht mehr als 10—12 Mk.

Nichtwürdige Verhältnisse hat der Gewerberath in den Korsettfabriken Kölns beobachtet. Bei diesen, die über 800 Arbeiterinnen beschäftigen, ist die Einbehaltung von Lohn üblich, obwohl der Verdienst der Arbeiterinnen sowieso zum Leben nicht ausreicht ist. So hatten in einer Fabrik 88 Arbeiterinnen unter 6 M. die Woche verdient. In einer Weisnäheri wurden Militär-Strohjacke mit 7 Pf. das Stück bezahlt, wobei noch das verbrauchte Garn abgezogen wurde. Da die fleißigsten Arbeiterinnen es auf höchstens 20 Stück den Tag brachten, so war der Höchstlohn etwa 1 M., nach Abzug der Durchschnittslohn aber etwa 70 Pf. In den Korsettfabriken ist der Uebelstand der unzureichenden Löhne darin begründet, daß jede Arbeiterin sofort in Afford arbeiten muß, und je nach Beschäftigung ein Vierteljahr hingeht, ehe die Durchschnittsleistung erreicht wird. So kommt es vor, daß wochenlang bei den auch dort üblichen Abzügen für Garn und verdorbene Arbeit ein Minus für die Arbeiterin herauskommt, was wieder aberdient werden muß. In der erwähnten Weisnäheri trug das selbige Submissionswesen die Schuld an den schlechten Löhnen, indem die Firma sich bei ihrem Angebot verrechnet hatte und die Löhne drückte. Daß solche Lohnverhältnisse die Arbeiterinnen, wenn nicht nothgedrungen, aber wahrscheinlich auf Abwege führen, ist naheliegend.

Der Vorstand der Arbeiter-Stenographenvereine Deutschlands (System Neu-Stolze) erucht in einem längeren Auftritte die Arbeiter und Parteigenossen, namentlich der größeren Städte, überall Stenographische Vereine zu gründen. Er erklärt sich auch bereit, Anfragen über die Einrichtung neuer Unterrichts- sowie Beförderung von Lehrern und Lehrmitteln u. zu beantworten (sowie bei der Einrichtung solcher Vereine beizustehen). Wird also in einem Orte beabsichtigt, einen Stenographischen Unterrichtskursus ins Leben zu rufen, so wende man sich an den Vorsitzenden der genannten Vereinigung, H. Bendschneider in Hamburg V, Brennerhof.

Das Handwerksmeisterthum ist auch in der Schweiz nicht zu nützlichem sozialen Schaffen verwendbar. Das bewies die Delegatensammlung des schweizerischen Gewerbevereins, die lehtin in Herisan tagte und über die Frage der Lehrlingsausbildung verhandelte. Die „Frankf. Ztg.“ berichtet darüber: Seitdem Professor Karl Bacher in seiner Schrift: „Die gewerbliche Bildungsfrage“ schon im Jahre 1877 die Lehrwerkstätten als die geeignetste Lehrlingsbildungsanstalt empfahl, hat diese Lösung der Frage der Lehrlingsausbildung zusehends an Boden gewonnen und sich auch praktisch bewährt. Auch in der Schweiz sind ähnliche Lehrwerkstätten, in Bern und St. Gallen, errichtet worden, die heute noch bestehen, an Sympathien gewinnen, an Besucherzahl zunehmen und als die einzig richtige und praktisch mögliche Lösung anerkannt werden. Aber hiervon weiß der schweizerische Gewerbeverein nichts oder will aus Interesse und Borntheit nichts davon wissen. Er hat sich im Gegentheil für die Werkstatt ausgesprochen und eine Reihe von Theesen angenommen, die geeignet sein sollen, die Lehre beim Meister als die einzig zulässige Form der Berufsbildung anzuerkennen. Der Staat soll diese unter seinen Schutz und seine Aufsicht nehmen und für ein angemessenes Lehrgeld für jede Lehre, die bei einem Meister zu nehmen ist, Garantie leisten. Grundsätzlich soll danach getreut werden, daß der Lehrling vom Meister in Kost und Logis genommen wird und Meistern, die in grober Weise ihre aus dem Lehrverhältnisse entspringenden Pflichten vernachlässigen, das Recht, Lehrlinge zu halten, entzogen werden darf. Diese Anschauungen sind jüngerlich, verspüren den Hauch der Neuzeit nicht und verkennen die Struktur des Gewerbes, das in viele Theilarbeiten zerfallen ist und selbst dem tüchtigsten und willensstärksten Meister die Möglichkeit bestimmt, einem jungen Manne diejenige Ausbildung zu geben, die ihn zur erfolgreichen Ausübung des Berufes befähigt. Diese alte Form der Berufsbildung hat sich in der Mehrzahl der Gewerbe längst aufgelöst und dem Institut der Lehrwerkstätten Platz gemacht, wo man den redlichen Willen hatte, es mit der Lehrlingsausbildung ernst zu nehmen. Diesen Ausführungen des Frankfurter Blattes wäre nur noch hinzuzufügen, daß zum Leben auch etwas Lehrtalent gehört. Das haben aber erfahrungsmäßig nur wenige Unternehmer und Betriebsleiter.

Arbeitsverhältnisse amerikanischer Eisenbahnarbeiter. Der kürzlich erschienene Jahresbericht des Arbeitsamtes für den Staat Michigan giebt die Resultate einer Enquete über die Lage der Eisenbahnbediensteten, die durch den letzten großen Streik der Eisenbahnarbeiter in Amerika noch an Interesse gewinnen. Die Enquete erstreckte sich auf 9226 Personen, die ungefähr 35 pCt. aller Eisenbahnarbeiter in Michigan repräsentirten. Das Ergebnis der Individualenquêtes wird durch die Angaben von 23 Bahngesellschaften ergänzt. Nach der Individualenquete beträgt der durchschnittliche Monatslohn 49 Sh., die Bahngesellschaften geben folgende Ziffern für die Monatslöhne: Schaffner

72,87 Sh., Mechaniker 87,75 Sh., Heizer 49,75 Sh., Weichensteller 48,58 Sh., Bahnhofs-Arbeiter 46,10 Sh., Beamte in der Zentralverwaltung 47,02 Sh., Werkstättenarbeiter 50,40 Sh., Arbeiter auf der Strecke 35,35 Sh., Durchschnittslohn für alle Arbeiter 53 Sh. Wüthin ist zwischen den Resultaten der Individual-Enquete und den Angaben der Eisenbahn-Gesellschaften eine Differenz von 4 Sh.

Ueber andere Verhältnisse geben die Zählkarten folgenden Aufschluß

	Zahl der Antworten		
	be- jahend	ver- neinend	unauß- gefällt
Ergiebung eines jährlichen Ersparnisses	2900	6100	1800
Enthaltung von geistigen Getränken	4600	1700	2900
Zugehörigkeit zu einem Verbands	1900	7100	200
Außerhalb eines Verbandes versichert:			
gegen Unfall	1700	5400	2100
„ Todesfall	3700	4400	900

Gewerkschaftliches.

An die Bureau-Angestellten! Als die unterzeichnete Kommission am 1. April d. J. den „Bureau-Angestellten“ ins Leben rief, um damit ein Blatt zu schaffen, das den Kollegen im Kampfe um bessere Existenzbedingungen zur Seite stehe, glaubte sie in Kollegenkreisen rege Unterstützung zu finden. Leider sind die Mühen und Opfer einer kleinen Zahl einsichtiger Kollegen nicht von dem verdienten Erfolge gewesen. Zwar wächst die Zahl der Abonnenten, aber nicht in dem Maße, um die Existenz des Blattes in absehbarer Zeit vollständig sicher zu stellen. Darum ist es Ehrenpflicht jedes Kollegen, dem die Verbesserung der traurigen Lage unseres Berufes am Herzen liegt, das Blatt durch sein Abonnement zu unterstützen und für weitest Verbreitung unter den Berufsgenossen nach besten Kräften einzutreten! Kollegen, laßt diese Aufforderung nicht unbeachtet! Wer sich nicht für seine Lebensinteressen rührt, der verdient auch die schlechte Behandlung, die Hungerlöhne, die übermäßig lange Arbeitszeit, wie sie in unserem Berufe üblich sind! Sorgt also Alle dafür, daß wir nicht als Besiegte, unter dem jauchenden Hohn der Gegner, unser Banner in den Staub sinken lassen müssen. Die Agitationskommission der Berliner Bureau-Angestellten. Zuschriften sind an die Redaktion, Berlin, Urbanstr. 33, 3 Tr., zu richten.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung, Schuhmacher! Kollegen! Der Streik in der Schuhfabrik von Morösse, Gollnowstr. 11, ist zur Zufriedenheit der Arbeiter und des Fabrikanten beigelegt und ist am Montag die Arbeit wieder aufgenommen worden. Dagegen dauert der Streik bei Fürstenheim u. Co. noch unverändert fort, denn dieser Herr will mit seinen Arbeitern nicht verhandeln, trotzdem er wohl gerne seine alten Arbeiter wieder haben möchte, da er von den Streikbrechern eine Arbeit geliefert bekommt, mit der er seine Kunden nicht nach Ermessen befriedigen kann. Darum, Kollegen, eruchen wir Euch, uns nach wie vor nach Kräften zu unterstützen und den Zugang streng fern zu halten; denn das Fürstenheim mit den Streikbrechern nicht weiter arbeiten kann, haben wir zur Gemüthe erfahren, und sind wir in der Hoffnung, bald eine Einigung zu erzielen. Die Streikkommission. J. A.: G. Hubn. — Briefe sind zu richten an G. Hubn, Berlin O., Androasstr. 22 (Andreas Hof), bei Weigmann. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung, Kartonarbeiterinnen! Kolleginnen! Die stetig um sich greifende Arbeitslosigkeit und die niedrigen Löhne veranlassen uns, die Kolleginnen zu einer Aussprache über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzuladen. Zu diesem Zwecke findet am Donnerstag, den 26. Juli, Abends 7 1/2 Uhr, eine Versammlung statt in Ehrenberg's Salon, Annenstr. 16, I, in der die Kollegin Vertha Anteil über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen in der Kartonbranche sprechen wird. Es wird den Kolleginnen zur Pflicht, zur dringenden Pflicht gemacht, zu dieser Besprechung zu kommen und Kolleginnen mitzubringen. Emma Langner.

Einen Appell an die Arbeiterschaft richtet die Magdeburger „Volkstimme“ in Form folgender Notiz: „Nach einer der Magdeburger Zeitung“ zugegangenen Nachricht ist der Streik in Burg vom Streikkomitee für beendet erklärt worden. Den Arbeitern, die bis jetzt im Ausstand verharrt haben, wird die Unterstützung noch so lange gewährt, bis sie anderweit Arbeit erhalten haben.“ Und nach einer uns soeben zugehenden Nachricht beruht diese Nachricht auf Unwahrheit. Der Streik in Burg dauert unverändert fort. Nach wie vor haben die klaffenbewussten Proletariat die Fiskalen und Geschäfte zu meiden, in denen Burger Schuhwaren verkauft werden.“

Die Studenten, Gipser und verwandten Berufsgenossen in Rheinland-Westfalen werden zu einer Konferenz eingeladen, die am 12. August in Bochum im Lokale des Herrn Hurnick, Königstr. 9, abgehalten werden soll. Als Tagesordnungspunkte sind vorgeschlagen: Verichterhaltung über die Lage in den einzelnen Orten, Agitation und Organisation.

Das Sekretariat der Kommission der Gewerkschaften Oesterreichs, sowie die Redaktion, Administration und Expedition der „Gewerkschaft“ befinden sich seit 15. Juli Wien, XIV/1 Neubaugürtel 44, 2. St., Th. 31.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

London, 24. Juli. Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Chemulpo vom 23. d. M. gemeldet, die Regierung von Korea habe gemäß dem von der chinesischen Regierung erteilten Rath das Japan gegebene Versprechen, innere Reformen in Korea durchzuführen, zurückgezogen. Ein Konflikt zwischen den Japanern und Koreanern in Seoul stehe unmittelbar bevor.

Dasselbe Bureau meldet aus Shanghai vom heutigen Tage, einer dort eingelaufenen Depesche aus Nagasaki zufolge hätten die Koreaner Truppen die japanische Besatzung in Seoul angegriffen und wären von derselben geschlagen worden. Nach einer weiteren Depesche hat ein japanischer Kreuzer ein chinesisches Transportschiff in den Grund gebohrt.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Berbesthal, 24. Juli. Hier brannten heute 3 große Gebände, darunter 2 Scheffel, vollständig nieder. Einiges Vieh kam in den Flammen um. Ein Löscharbeiter wurde schwer verletzt.

Paris, 24. Juli. Die Polizei verhaftete heute den Sohn des Direktors der „Revue Financiere“, welcher einen Stein durch das Fenster eines großen Magazins in der Avenue de l'Opera geworfen hatte und sich als Anarchist bekannte.

Paris, 24. Juli. „Figaro“ meldet, Clement sei gestern Abend wiederum in der Redaktion erschienen und habe den Chef-Redakteur aufgefordert, anzugeben, woher er die Papiere Paul Reclus' und Bailant's erhalten habe. Der Redakteur habe geantwortet, dies sei Amtsgeheimnis. Er werde keine weiteren Angaben machen, da die Schriftstücke bereits dem Verichte ausgethanigt seien.

Petersburg, 24. Juli. In den letzten Tagen haben hier mehrere Verhaftungen wegen nihilistischer Umtriebe stattgefunden.

Belgrad, 24. Juli. Das Gerücht, daß General Gruic zwei Uebernahme der Kavalleriebildung in das Postlager nach Nisch betreiben worden sei, entbehrt jeder Begründung.

Belgrad, 24. Juli. Zwei belgische Polizeibeamte trafen hier ein behufs Feststellung der Identität des in Nisch verhafteten Anarchisten mit dem Baron Ungern-Sternberg.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Einigungsversuche vor dem Gewerbegerichte sind an dem Widerstande des Bier-Ringes gescheitert. Der barbarische Akt des kapitalistischen Uebermuths, die unerhörte Maßregelung der völlig schullosen Brauereiarbeiter ist nicht zurückgenommen worden.

Die Berliner Arbeiterschaft hat den Bierproben die einzig mögliche Antwort ertheilt.

In zweiunddreißig großen Volksversammlungen ist der Bierboykott auf sämtliche Ringbrauereien ausgedehnt worden.

Arbeiter! Parteigenossen! Eure Ehrenpflicht ist es, nicht zu dulden, daß Hunderte von Klassengenossen der Unternehmer-Willkür zum Opfer fallen, daß der Brauerling in brutalster Weise seine ökonomische Macht mißbraucht.

Zum Kampfe gedrängt wird die Arbeiterschaft Berlins ihre gerechte Sache mit aller Energie führen und mit rücksichtsloser Entschlossenheit diejenigen Mittel anwenden, welche den Sieg verbürgen.

Arbeiter! Parteigenossen! Sorgt dafür, daß nirgends Ringbier getrunken wird. In keinem Hause, in keiner Werkstatt, bei keinem Ausfluge darf ein Tropfen Boykottbier getrunken werden.

Alle Feste und Vergnügungen in Lokalen, in denen nur Ringbier geschänkt wird, sind zu unterlassen; alle etwa bereits getroffenen Verabredungen rückgängig zu machen.

Den Gastwirthen muß klar gemacht werden, daß sie zu wählen haben zwischen der Rundschaft der Arbeiter und der Gunst der Bierproben. Wir wollen jede Schädigung der Gastwirthe vermeiden, indem wir dieselben auffordern, sich Bier aus boykottfreien Berliner oder auswärtigen Brauereien anzuschaffen, dann werden die Arbeiter nach wie vor bei ihnen verkehren.

Weder Maßregelungen noch Saalsperre schrecken uns; wir kennen keine Furcht und wissen, daß an der Solidarität der Arbeiter das Unterfangen des Brauerlings scheitern wird. Mit unbeugsamer Entschlossenheit halten wir den

Boykott über sämtliche Ringbrauereien

so lange aufrecht, bis unsere gerechten Forderungen erfüllt sind.

Arbeiter Berlins, thut eure Pflicht, meidet das Ringbier und die Lokale, in denen Euch Boykottbier vorgeführt wird.

Und auch Ihr, Arbeiter und Parteigenossen in Deutschland, helft uns, indem Ihr kein Bier aus den boykottierten Brauereien Berlins trinkt.

Der Boykott, dessen Ende nicht abzusehen ist, ist den Berliner Arbeitern durch einen Akt unerhörter Brutalität aufgezwungen. Wir appellieren an das Ehrgefühl aller Klassenbewußten Arbeiter und wissen, daß ihre Solidarität sich stärker erweisen wird als die Zufallsmeinigkeit des dividendenlüsternen Unternehmertums.

Vorwärts, Arbeiter und Parteigenossen! Trinkt kein Boykottbier! Meidet die Lokale in denen Ringbier ausgeschänkt wird! Kauft kein Flaschenbier, welches aus Ringbrauereien stammt. Letzteres empfehlen wir besonders den Frauen zur Beachtung.

Hoch die Solidarität der Arbeiter!

Die Boykottkommission.

Boykottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlsberg, Friedrich Reichenkon, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschlöfchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Brauerei in Wusterhausen.
- Exportbrauerei Rathenow, Niederlage bei Max Demhardt, N.W., Hannoverische Straße 18a.
- Bürgerliches Brauhaus, Dresden.
- Schloßbrauerei, Fürstenaalbe.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O.
- Gustav Spielermann, Weberstraße 66, Niederlage des Bürgerlichen Brauhauses Lindenwalde.
- Phönix-Brauerei, E. Radon, Lichterselde.
- Brauerei Jagdschlöfchen, Eberswalde. Niederlage Edm. Kenter, Swinemünderstr. 45.
- Brauerei Tivoli, Strausberg. Niederlage Stabernack, Mühlenstraße.
- Brauerei Maas, Cottbus.

Lokales.

„Achtung Gastwirthe!“ Diejenigen Gastwirthe, die kein boykottiertes Bier führen und in der zur Veröffentlichung gelangenden Liste aufgenommen sein wollen, werden ersucht, sich an nachstehenden Stellen zu melden:

- I. Kreis. Bndt, Klaußstr. 10. Sommer, Grünstraße 20. Tripte, Jägerstr. 10.
- II. Kreis. Schönheim, Gräfenstr. 8. Sack, Mariengrabenstr. 102. Grube, Mariendorferstr. 5. Werner, Bülowstr. 59.
- III. Kreis. Götze, Brandenburgstr. 18. Beng, Alte Jakobstr. 69. Schöning, Stallschreiberstr. 29. Schönmann, Stalhoferstr. 7. Böhm, Dresdenerstr. 57.
- IV. Kreis (Süd-Öst). Spindler, Reichenbergerstraße 118. Zubeil, Raunynstr. 86. Schayer, Reichenberger- und Lauschertröphen-Gde. Schilling, Pädlerstr. 55b. Lucas, Wrangelstr. 82. Tolkendorf, Görlikerstr. 58. Trittelwiz, Faldensteinstr. 7.
- IV. Kreis (Osten). Tempel, Langestr. 65. Zabel, Frankfurter Allee 90. Bod, Friedrichsbergerstr. 11.
- V. Kreis. Mertins, Landwehrstr. 11. Krüger, Girtelstr. 10. Blaurock, Wipstr. 16. Gränder, Johannisstr. 15. Schäfer, Neue Königstr. 11.
- VI. Kreis. Schönhauser Vorstadt. Augustin, Kastanien-Allee 11. Rosenthaler Vorstadt. Liehle, Schwedterstr. 33. Gnadt, Swinemünderstr. 120.
- Oranienburger Vorstadt. Wedding. Engel, Antonstr. 1. Gieshoit, Boyenstr. 40. Marten, Gartenstraße 152. Kleinert, Müllerstraße 174. Schröder, Biesenstr. 89.
- Moabit. Hermerschmidt, Perlebergerstr. 23.

Die Mitglieder der Lokalkommissionen der Umgegend Berlins werden ersucht, an den Unterzeichneten umgehend diejenigen Lokale bekannt zu geben, die boykottfreies Bier verschänken. Den zum Theil berechtigten Klagen der auswärtigen Genossen, daß die Sonntagsausflügler dem Boykott nicht die genügende Beachtung schenken, stehen die Einwendungen der Berliner entgegen — und diese sind ebenfalls nicht ganz von der Hand zu weisen — daß durch Verhängung des Boykotts über sämtliche Ringbrauereien, eine gegen früher ganz verschiedene

Situation geschaffen ist, die zu klären die Lokalkommissionen der Umgegend bisher noch unterlassen haben. Indem eine Lokalliste jetzt wegen der täglich sich verändernden Sachlage nicht herausgegeben werden kann, ist es nöthig, daß die Lokalkommissionen der umliegenden Ortschaften während der Dauer des Boykotts in jeder Woche einmal einen Bericht einreichen, der, zur Veröffentlichung gelangend, den Ausflüglern am nächsten Sonntag zur Richtschnur zu dienen hat.

Die Berliner Lokalkommission.
J. A. S. Gumpel, Weinstraße 31.

Wahre Verserkertum beschuldigt manche der Herren Budler, wenn zur Zeit es einem Gast in den Sinn kommt, vor der Bestellung von Bier sich zu erkundigen, woher es stammt. Das zu erfahren ist unzweifelhaft des Käufers gutes Recht und nur die Bornirtheit oder das schlechte Gewissen des also Befragten kann darin etwas Unbilliges finden. Die Herren Gastwirthe wollen Herr im eigenen Hause sein, die Kernstien, sie haben lange genug den Kerger über die „anmaßenden Arbeiter“ hinuntergeschluckt — einige sollen, wie der Anführer der Saalverweigerer Feuerstein, auch nebenbei soviel Arbeitergroßchen geschluckt haben, daß sie heute deren Rundschaft nicht mehr bedürfen.

Der Boykott ist ein Stück wirtschaftlichen Kampfes, der ohne Zweifel eine Reihe von Existenten in ihrem Erwerb beeinträchtigt. Die Geschädigten mögen sich dafür bei denen bedanken, die den Kampf provozierten. Auf welche Seite sich in diesem Kampfe die Wirthe stellen, muß ihnen unbenommen bleiben; sie haben darüber selbst zu entscheiden und schlafen eben, wie sie sich betten. Das gleiche Recht haben sie aber auch dem hiertrinkenden Publikum einzuräumen und durch nichts ist die Robbeit zu entschuldigen, mit der in vielen Fällen die Herren Wirthe ihren Gästen gegenüber sich betragen, sobald diese über die Herkunft des Bieres, was sie zu trinken im Begriff stehen, sich vergewissern wollen. Aus mehreren Fällen, die uns letzter Tage gemeldet wurden, seien hier nur folgende herausgegriffen: Am Sonnabend Abend begab sich ein Arbeiter in das Fischer'sche Lokal, Mittenwalder- und Fürbringerrnßen-Gde., und fragte daselbst den Wirth in bescheidener Weise, welche Stellung er gegenüber dem boykottierten Bier einzunehmen gedünke. Wie der Betroffene selbst angiebt und dies auch durch Augenzeugen festgestellt ist, geschah dies Alles in der höflichsten Art und Weise, und da betretender Wirth hauptsächlich nur durch die Arbeitergroßchen seine Existenz fristet, so glaubte der Fragesteller auch auf eine höfliche Antwort seitens des Herrn F. rechnen zu können. Indessen — weit gefehlt — ohne viele Worte zu machen, bearbeitete der saubere Patron von Wirth und seine rabiaten Helfershelfer den Fragesteller in einer wahrhaft bestialen Weise und warfen ihn hinaus. Auf das gellende Hilfsgeheul des Armen, der über und über blutete, sammelte sich eine große Menschenmenge an, die, als sie den Sachverhalt erfuhr, nicht übel Lust verspürte, Lynchjustiz an dem Wirth zu üben, der nichts Gütigeres zu thun hatte, als sich so schnell wie möglich aus dem Staube zu machen, indem er sein Lokal schloß. Wie noch weiter mitgetheilt wird, hat der so Gemißhandelte Ausnahme in einem hiesigen Krankenhaus suchen müssen.

In einem anderen Falle fand es der Wirth, Herr Usmann, Schloßstr. 18, für gut, einen Arbeiter, der gefragt hatte, welches Bier er verschänke, schimpfend bis auf die Straße zu verfolgen und ihn arretieren zu lassen. Diese ohnmächtige Wuth der Herren Wirthe ist um so unverständlicher, als sie ja, abgesehen von ganz vereinzelten Ausnahmen, vollkommen ihren freien Willen haben, welcher Richtung sich anzuschließen sie für gut befinden.

Rüffelle avanciert zum Diktator nothleidender Berliner Indusrieller von Nicht-Wasserfärber-Braueren. 1. In der Neussilberwaaren-Fabrik von Henniger u. Co., Alte Jakobstraße 106, besteht seit Jahren ein ausnahmsweis gutes Einvernehmen zwischen dem Inhaber der Fabrik, dem stadtbekanntem gemüthlichen Herrn Rading, und den Fabrikarbeitern. Seit kurzem befindet sich Herr Rading auf einer Erholungsreise; ihn vertritt als Geschäftsführer ein Herr Jury. Freute sich der alte Herr Rading, wenn sein Portier hier und da einen Nickel durch Verabfolgung von Rathenower Bier an die Arbeiter von Henniger u. Co. verdiente, so ist Herr Jury anderer Ansicht. Seit gestern können die Arbeiter, durch den Portier kein Rathenower Bier mehr erhalten; Herr Jury hat den Import dieses guten Bieres verboten, will aber die Einfuhr von Röskebier gnädig gestatten. Selbstverständlich haben die Arbeiter von dieser freundschaftlichen Erlaubnis keinen Gebrauch gemacht. Herr Rading wird bei seiner Rückkehr wenig erbaut über die wunderbare Ent-

deckung sein, daß Neussilber-Fabrikation von der Art des von den Arbeitern genossenen Bieres und von Herrn Röske abhängig sei. Fall 2. In der Lackfabrik von C. F. Heyde, Reichenbergerstraße 35, behauptete der Chef, daß dort von den Arbeitern getrunkenes ringfreie Bier zu halten, sei nicht angängig, Schultze sei das Beste. Die Fabrik fabrizirt außer Lack unter anderen Pappomaden und Pinsel. Als Kellame-Firmenschild für die Abtheilung, in der C. F. Heyde vielleicht in der Berliner Gewerbeausstellung ausstellen wird, sei empfohlen: Einfluß des Herrn Röske und seines Bieres auf Pinsel, Lack und Pappomade. Fall 3. Die Wellblech- und Jalousiefabrik von E. de la Saucé & Klop, Usedomstr. 8, hat das Bier von Ring & Co. abbestellen lassen und wünscht, daß statt dessen — Bod getrunken wird. Fall 4. In der bekannten Gummi-schlauchfabrik darf nur Ringbier getrunken werden. — Gilt Alles nichts, Herr Röske, die Arbeiter werden das Bier trinken, dessen Genuß ihnen behagt.

Zur Charakteristik des Bierkönigs und der Gründe, aus welchen zuweilen alte Arbeiter Knall und Fall entlassen werden, möge folgende kleine Episode dienen, die sich schon einige Zeit vor dem Boykott zwischen dem Generalgewaltigen und einem seiner Untergebenen abgespielt hat. Wir brauchen kaum vorauszuschicken, daß uns die Person des Herrn Röske ebenso gleichgiltig ist, wie der Speisezettel seines Dejeuner à la fourchette (zweite Frühstück), und sollte es täglich aus Schinken in Burgunder und Ausern und Selt bestehen; aber Herr Röske ist nun einmal die Zentralfonne des Biertrinks und als Spiritus rector, als geistiger Leiter derselben dürfte seine Anschauungsweise von der „verdammten Bedürfnislosigkeit“ der Arbeiter auch die seiner Ringgenossen sein.

Beging da ein Untergebener das unerhörte Verbrechen, sich in der Kantine der Schultzei-Brauerei ein Viertel Pfund „Gehacktes“ zu braten und mußte ihm beim Verlassen der Küche das Malheur passieren, seinem gestrengen Herrn und Gebieter in den Weg zu laufen. „Was haben Sie da!“ „Ich habe mir ein Beefsteak gebraten.“ „Was? — Ich esse, wie Sie sehen, zum Frühstück eine Käseschrippe, und Sie werden sich ein Beefsteak braten?“ „Ja, der Magen verlangt auch einmal was anderes.“ „Doch kaum, daß ihm das Wort entfahren, mocht er im Wuseln gern bewahren — umsonst! — der Arbeiter, der über acht Jahre in Diensten des Biergewaltigen gestanden und sich einmal ausnahmsweise zum Frühstück für 20 Pf. etwas Gebratenes geleistet, wird „wegen Verwahrlosung“ sofort entlassen! — — Kommentar überflüssig!

Wo zwei oder drei bei einander sind, ist die Sozialdemokratie mitten unter ihnen. Tagt da im Norden Berlins in der Schulzendorferstraße ein seit 16 Jahren bestehender Gesangverein, der bei den Spießbürgern und der Polizei das beste Ansehen genöß.

Besagter Verein wollte am sog. Todtensonntag im „Feldschlöfchen“ (Müllerstraße) ein Konzert mit nachfolgendem Tanz veranstalten.

Das Lokal war gemiethet und die Sache wäre auch ganz gut gegangen, wenn der Bierboykott nicht wäre. Jemand ein Mitglied brachte die Angelegenheit zur Sprache mit dem Bemerkten, daß der Verein nicht auf großen Zuspruch zu rechnen hätte, weil obgenanntes Lokal gesperrt sei.

Der Vorsitzende lehnte eine Abstimmung rundweg ab. Nicht so sein Stellvertreter. Er lies darüber abstimmen, ob das Konzert in dem gesperrten Lokal stattfinden solle oder nicht. Und siehe da — die Majorität war gegen die Veranstaltung des Konzerts in einem gesperrten Lokal.

Nächstens dürfte ein ebensolcher Protest gegen die Abhaltung des Rasenballs (95) in den Germania-Sälen erfolgen. Der genannte Verein heißt: Gesangverein Kornblume.

Die bakteriologische Untersuchung des gestern unter verdächtigen Symptomen in Charlottenburg Verstorbenen hat ergeben, daß derselbe nicht an Cholera gestorben ist.

Die tropische Hitze des gestrigen Dienstags hat, wie man uns schreibt, zwei Opfer gefordert. Gegen 12 Uhr fiel ein gut gekleideter junger Mann, der später als der Schneider Franz Müller rekonozirt wurde, infolge eines Hitzschlages in der Brunnenstraße zu Boden und mußte, nachdem die angestellten Wiederbelebungsversuche von Erfolg begleitet gewesen, in ein Krankenhaus überführt werden. Ein zweiter Fall ereignete sich an der Ecke der Friedrich- und Hannoverischen Straße, wo gegen 2 Uhr eine ca. 40jährige Frau, deren Persönlichkeit nicht festzustellen war, ebenfalls infolge der Hitze ohnmächtig zu Boden fiel. Die Frau mußte gleichfalls nach einem Krankenhause überführt

werden. — Auch sollen, wie uns von anderer Seite mitgeteilt wird, zwei Soldaten, Infanteristen vom Alexander-Regiment, in der Nähe des Bahnhofs Thiergarten vom Hirschschlag getroffen worden sein.

Arbeitererkrankung. Ein Opfer seines Berufes ist der Klempner Adolf Riemann geworden. Derselbe war bei einer Reparatur des Daches der alten Reichsbank beschäftigt und fiel, als er eben im Begriff war, eine Tafel Weißblech zu erlangen, durch einen offenen Riss in die Höhe hinab auf den Boden. Riemann fiel so unglücklich, daß er einen Schädelbruch, Gehirnerschütterung und Hirnverwundung erlitt, an deren Folgen er die Nacht darauf in der Charité, nach der er verbracht worden war, verstarb. Der Verstorbene ist Vater von 4 Kindern im Alter von 1 bis 12 Jahren.

Zengen für die Vorfälle bei Gelegenheit des Brandes der Anilinfabrik am Lohmühlenweg sucht Richard Schumann, Falkensteinstr. 14, 3 Tr.

Seife und Handtuch für 10 Pfennig, das ist das Neueste, was auf dem Wege automatischen Verkaufes der leidenden Menschheit geboten wird. Eine Berliner Firma hat es übernommen, jedem an öffentlichen Orten die Möglichkeit zu bieten, für einen Nickel sich mit Seife zu waschen und mit einem etwa taschentuch großen Lappen, pardon, Handtuch abzutrocknen. Am Sonntag wurde Friedrichshagen mit automatischen Verkaufsläden von „Seife und Handtuch“ beglückt. So übel ist der Gedanke übrigens nicht, eine Verdienstgelegenheit sich durch Spekulation auf das Reinigungsbedürfnis Solcher zu schaffen, die z. B. nach einer Landpartie an irgend einem Ausflugsorte landen.

Ein Rothverband sollte in jedem gewerblichen Betriebe jederzeit bei der Hand sein, damit vorkommenden Fällen wenigstens dem Schlimmsten vorgebeugt werden kann. In den „Berliner Messingwerken“, Alexandrinenstraße 107, verunglückte am Sonnabend Nachmittag um 4 Uhr ein Schmied, es wurde ihm durch die Maschine ein Finger abgerissen. Kaum, daß im ganzen Etablissement ein elendes Stück Zeug aufgetrieben werden konnte, blieb der Kerkel fast eine Stunde ohne jeden Verband und ohne jede ärztliche Hilfe, so daß er einen sehr starken Blutverlust hatte. Inmitten einer Stadt wie Berlin darf derartige Fälle nicht vorkommen, hier ist jeden Augenblick ärztliche Hilfe zu beschaffen und für einen Rothverband sollte in jeder Fabrik oder Werkstatt gesorgt sein. Geben sich doch die Arbeiter ihrerseits Mühe genug, die ersten Hilfeleistungen bei einem Unglücksfall zu erlernen, warum thun die Unternehmer nicht auch ihre Pflicht?

Die Berliner Polizei ist durch die Erfindung eines Schlaubergeres in ein eigentümliches Dilemma (Klemme) geraten. Bekanntlich ist das Zweirad-Fahren in den Straßen Berlins polizeilich verboten, während das Dreirad-Fahren gestattet ist. Ein findiger Kopf hat nun dem Zweirad ein drittes, „todtes“ Rad angefügt, das keineswegs die Vorteile des Zweirades beeinträchtigt, sondern als Zwangsgeburt des Polizeiverbotes nur das Zweirad in den Straßen Berlins ermöglicht. — Es fragt sich nun, ob die Verkehrspolizei die Mitführung dieses „todten“ Rades verbieten wird, oder ob sie von jetzt ab das Verbot des Zweirad-Fahrens ganz aufheben wird.

Von einem Stier zerfleischt und getödtet. Ein schrecklicher Unglücksfall, bei dem leider ein Menschenleben zu beklagen und der 16jährige Sohn des Pächters des Stieres schwer verletzt worden ist, hat sich am Montag Abend auf dem Gehöft des an der Prenzlauer Chaussee wohnenden Handwerksmanns Priebe ereignet. Herr P. hatte vor einigen Tagen aus dem Joffener Viehmarkt einen jungen Jungstier gekauft, der sich aber noch sehr unartig bewies und vom Ziehen durchsicht nicht wissen wollte und jeden zurückschies, der sich ihm nähern wollte. Herr P. hatte infolge dessen seinen Knechten befohlen, das Thier vorläufig nicht anzuspinnen. Dieser Anweisung handelte nun aber einer seiner Leute, der 26 jährige Dienstknecht Karisch, insofern zuwider, als er am Montag Abend in Abwesenheit seines Herrn den Stier, der scheinbar ruhig war, aus dem Stalle nahm und einzuspinnen versuchte. Plötzlich aber wurde das Thier dermaßen wütend, daß er sich den Mann ansah, diesen niederstieß und mit den Hörnern den ganzen Leib einstieß, so daß die Eingeweide herausgingen und der Unglückliche auf der Stelle starb. Dem zu Hilfe gekommenen Sohn des P. hatte das wütende Thier Kopf und Arme mit den Hörnern derartig bearbeitet, daß er sofort nach dem Krankenhause geschafft werden mußte.

Ueber Einrichtung und Thätigkeit des Gewerbegerichts ist dem Verwaltungsberichte des Magistrats zu entnehmen, daß die richterliche Thätigkeit in den nach der Verschiedenheit der gewerblichen Berufsthätigkeit eingetheilten Kammern von vier vorstehenden Magistrats-Ausschüssen geleitet wird, denen zwei Stellvertreter beigegeben sind. Für die Kammer sind drei ehemalige Magistrats-Sekretäre als Gerichtsschreiber ernannt. Die Kassen-Geschäfte werden vorläufig von der Kasse der Gewerbe-Deputation erledigt. Im ersten Geschäftsjahre sind 12 947 Streitigkeiten bei dem Gewerbegericht anhängig geworden, wovon 336 von Arbeitgebern angeklagt wurden, in allen anderen Fällen Klagen Arbeiter, darunter 653 weibliche. Das niedrigste Klage-Objekt war die Forderung einer Näherin mit 50 Pf., das höchste 1722 M., Forderung eines Buffetiers. Reichlich zwei Drittel (40 pCt.) aller Streitigkeiten betrafen Entschädigungsansprüche wegen Entlassung aus der Arbeit vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit oder ohne Kündigung. Von den Prozessen wurden 2620 durch richterliches Urtheil erledigt, die große Mehrzahl (9106) fanden durch Vergleich, Zurücknahme oder Versöhnlichkeits-Urtheile ihre Erledigung. Wegen Angehöriger vor Gericht wurde in elf Fällen auf sofort zu vollstreckende Haftstrafen von 2 Stunden bis zu einem Tage erkannt und in 40 Fällen wurden Geldstrafen wegen unentschuldigtem Ausbleibens gegen Parteien und Zeugen verhängt. In 5 Fällen mußte die Oeffentlichkeit von der Verhandlung ausgeschlossen werden wegen Gefährdung der Sittlichkeit. An Gerichtskosten wurden 2909 M. zur Soll-Einnahme gestellt, darunter 1248 M. Strafen; hiervon sind 2521 M. niedergeschlagen worden, weil die Kosten uneinziehbar waren.

Ein Einbruchdiebstahl in das Gemeindebureau zu Johannisthal machte vor einigen Monaten großes Aufsehen, da es trotz aller Bemühungen der Polizei nicht gelang, die Verübter des mit großem Raffinement ausgeführten Diebstahls, bei welchem dem Thäter eine ansehnliche Geldsumme in die Hände fiel, zu ermitteln. Es wurden zwar mehrere der That verdächtige Einwohner Johannisthals in Haft genommen, mußten aber wieder auf freien Fuß gesetzt werden, da keinerlei Beweise gegen dieselben erbracht werden konnten. Durch einen Zufall ist jetzt der Einbrecher, an dessen Ermittlung niemand mehr glaubte, entdeckt worden. In Meseritz wurde dieser Tage ein 21jähriger Mensch Namens Mathias Zeidler festgenommen, bei welchem man in einer verborgenen Tasche eine werthvolle Uhr fand, über deren Erwerb Zeidler die widersprechendsten Angaben machte. Schließlich gestand er, in die Enge getrieben, daß er die Uhr in Königswusterhausen gekauft habe; wobei er eine andere Uhr, die er dem Arbeiter Ding in Johannisthal gestohlen, in Zahlung gegeben, den Rest aber baar bezahlt habe. Des weitern gestand Zeidler ein, daß er außer diesen noch verschiedene andere Diebstähle in Johannisthal verübt habe, u. a. auch den Einbruch im Gemeindebureau. Das ihm hierbei in die Hände gefallene Geld habe er verjubelt. Die aus Grund dieses Geständnisses angestellten Ermittlungen haben in der That ergeben, daß Zeidler sich zur Zeit des Einbruchs in Johannisthal aufgehalten und auch mit verschiedenen Leuten, die er in raffiniertester Weise bestohlen, verkehrt hat, nur war bisher niemand auf den Gedanken gekommen, daß Zeidler der Thäter

sein könnte. Zeidler wird in den nächsten Tagen in das Untersuchungsgefängnis zu Moabit eingeliefert werden. Diejenigen Personen, welche bisher unschuldigerweise in den Verdacht der Thäterthat standen, werden es mit Freude begrüßen, daß endlich der wirklich Schuldige ermittelt ist.

Von dem Magistrat ermittelt wurden in der verflochtenen Woche eine Anzahl Miether des Pachtlandes des Kolonie „Neu-Kamerun“ in der Lützner Straße. Das Terrain gehörte früher der Brauerei Friedrichshöhe und war von dieser verpachtet und vor einem Jahr an den Magistrat zwecks Anlegung einer Straße aufgelassen. — Trozdem hatte der bisherige Pächter die Pändereien nach wie vor an Unterpächter abgegeben und als Anfangs voriger Woche die Vermessungsarbeiten der neuen Straße vorgenommen werden sollten, entdeckten die Beamten die Kolonie. Die Straßenpolizeiverwaltung Abtheilung I forberte nun die sämtlichen Unterpächter auf, „die widerrechtlich in Besitz genommenen Theile des Terrains der Straße 46a binnen 14 Tagen zu räumen, widrigenfalls das Zwangsverfahren eingeleitet wird.“ Seitens der Kolonisten wurde nun am Freitag eine geharnischte Beschwärde an den Magistrat abgegeben, in welcher die Betroffenen gegen das Wort „widerrechtlich“ energisch protestirten und gleichzeitig baten, die Räumung des Terrains bis nach der Ernte hinauszuschieben, da sonst die Kolonisten, die ihre Pacht an den bisherigen Generalpächter bezahlt haben, einen erheblichen Schaden erleiden. Der Magistrat fordert jetzt von dem Generalpächter die „widerrechtlich“ von den Kolonisten eroberte Pacht und besieht im Uebrigen auf sein vorausgegangenes Schreiben, während die Kolonisten in Verächtlichmachung der gezahlten Pacht die Räumung des Platzes verweigern.

Mit Hilfe eines Inzerats in Berliner Tageszeitungen ermittelt wurde ein Dieb, welcher schon seit langer Zeit Berlin und Umgebung durch das Rauben unbewachteter stehender Fahrräder unsicher machte. Zu den Bestohlenen gehörte auch der Kaufmann Mörtel in Köpenick, welcher auf den originellen Gedanken kam, durch ein Inzerat, in dem er ein Fahrrad zu kaufen suchte, den Dieb zu entdecken. Bei Erledigung der bei ihm eingegangenen zahlreichen Offerten kam er zu den Götterstraße 20 wohnenden Gebrüder Nade, die ihm ein Zweirad zum Kauf anboten, welches N. alsbald als das ihm gestohlene erkannte. Der Köpenicker machte sofort auf der zuständigen Polizeiwache Meldung und veranlaßte die Verhaftung der beiden Brüder. Bei der vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden zwei Fahrräder, sowie ein ganzes Lager von Maschinentheilen, Glocken, Schließeln zum Öffnen der Sicherheitsketten u. v. gefunden. Ferner waren Werkzeuge und Lack vorhanden, welches dazu diente, die gestohlenen Räder umzuändern und für die Eigenthümer unkenntlich zu machen.

Leidensgeruch und Gesundheitspolizei. Am 18. d. Mtz. wurde in dem benachbarten Ober-Schönweide in der Nähe der neuen Sprebrücke eine männliche Leiche aus dem Wasser gezogen. Sie wurde als diejenige eines 45 Jahre alten Schloßers-gejellen aus Berlin rekonnostrirt. Der Behörde wurde von dem Funde sofort Nachricht gegeben; erst am 21. d. Mtz. erschien eine Gerichtscommission am Fundort, um festzustellen, ob Selbstmord oder ein Verbrechen vorliege; es wurde ersteres konstatirt. Die Leiche aber blieb liegen und verbesserte mit ihrem Verwesungsgeruch die Gegend. Am 23. lagerte die Leiche noch ebendort; einigen Spaziergängern wurde unwohl. — Ob wohl ein sozialdemokratisches Flugblatt ebenfollange von der Behörde in Ruß gelassen wäre? — Jedenfalls: Rasse vor Ober-Schönweide;

Hirschschlag. Gestern fiel die Wittwe Schulz (wohnhaft Brangelstraße) infolge Hirschschlages im Mariannenpark bewußtlos zu Boden. Ein bald hinzugekommener Arzt erachtete ein Aufkommen der Unglücklichen für zweifelhaft.

Verloren wurden die Nummern 42, 66, 8784 und 3381 der Sammellisten für die ausgesperrten Brauereiarbeiter.

Wie die Herren Innungsmeister „arbeiten“, das zeigt recht drastisch die Tagesordnung der XIII. Wanderversammlung des deutschen Tagelöhnerbundes, welche am 29. Juli bis 1. August hierorts abgehalten werden wird. Für Sonntag, den 29. Juli, ist folgendes Programm festgesetzt: Nachmittags 6 Uhr: Eröffnung der Ausstellung, 7 Uhr: Begrüßung der Delegirten und Gänge, nachher Kommerz, Konzert u. in den Konfordia-Sälen. Am Montag wird von 9 Uhr früh bis 1 Uhr Mittags verhandelt. Nachmittags werden Berliner Lebenswahrheiten besichtigt und Abends ist Zusammenkunft im Königsträger Garten. Dienstag wird von 9 Uhr früh bis 1 Uhr Mittags verhandelt. Nachmittags gehts mit Sing und Klang und Ring und Klang nach Spandau und von dort per Dampfer nach Potsdam. Mittwoch wird wieder verhandelt von 9 Uhr früh bis Mittags 1 Uhr. Abends offizielle Verabschiedung von Delegirten und auswärtigen Teilnehmern. Nachher Abendisch und Tanz. — Die Herren Meister begnügen sich mit einer täglichen vierstündigen Arbeitszeit und gönnen den Arbeitern die achtstündige tägliche Arbeitszeit nicht.

Eine lustige Verhaftungsgeschichte spielte sich kürzlich in einem Hause am Rottbuser Damm ab. Ein Polizeibeamter wollte daselbst einen Kaufmann, der im Verdacht steht, zahlreiche Bettelereien verübt zu haben, verhaften. Zufällig traf er den nur selten zu Hause anwesenden ledernen Vogel auch an und dieser ließ sich widerstandslos festnehmen, nur hat er, sich etwas besser anzusehen zu dürfen, was ihm auch gewährt wurde. Als der Verhaftete sich umgezogen hatte, sprang er plötzlich zu der offenen Thür hinaus und ehe es der Beamte verhindern konnte, schlug er dieselbe hinter sich zu und drehte den im Schloße stehenden Schlüssel um, so daß nunmehr der Polizeibeamte der Gesangene war. Als schließlich nach längerer Zeit Nachbarn aus dem gesangenen Polizeibeamten befreiten, war der Verbrecher längst über alle Berge und konnte bis heute auch nicht wieder gefaßt werden.

Ein der Racheiferung würdiges Beispiel in Sachen des Bierbockotts hat ein Droschkentischer gegeben. Derselbe zahlte zu seinen händigen Fahrgästen den Besitzer eines bekannten Gesinde-Vermietungs-Komptoirs aus der J.-Straße. Dieser Herr hatte durch seinen „fauren Schwelch“ bereits so viel „erworben“, daß er den Kutscher zu einer Fahrt nach der Kaszien-Allee in Westend engagirte, um sich dort, wie er dem Kutscher mittheilte, eine Wisa anzusehen. — Als das Geschäft erledigt war, ließ er sich nach dem Restaurant Birkenwäldchen fahren und schickte seinem langjährigen Kutscher durch den Kellner ein Glas Bier hinaus. „Tragen Sie das Bier nur wieder zurück, ich lasse danken“, sagte der biedere Bockotter. Als bald erriethen der Fahrgast, „Trinken Sie denn kein Bier?“ Gewiß, aber dies ist Spandauer Berg, das trinke ich nicht, denn es ist bockotter. Der Herr Fahrgast erklärte vor Jarn, „Was bekommen Sie?“ „Bis jetzt fünf Mark und eine Mark für die Rückfahrt, macht zusammen sechs Mark.“ „Hier ist Geld; wir beide fahren nie mehr!“ „Ich habe schon einen anderen, aber ich will nicht an meinen Genossen zum Verdähter werden.“ Sprach der brave Mann und fuhr vergnügt von dannen.

Polizeibericht. Am 23. d. Mtz. wurden Vormittags an der Markthallsbrücke die Leiche eines etwa 18 Jahre alten unbekanntes Mannes und an der Moabitbrücke die Leiche eines etwa vor acht Tagen ertrunkenen Mannes, welcher, nach den bei ihm vorgefundenen Papieren, der Wädergeselle Wädernagel sein dürfte, aus dem Wasser gezogen. — Gegen Mittag fiel am Elisabeth-Ufer ein vierjähriger Knabe in den Kanal, wurde aber alsbald wieder herausgezogen und zu seinen Eltern gebracht. — Ein Kaufmann von außerhalb vergiftete sich in der in der Teltowerstraße belegenen Wohnung eines Freundes mit Cyankali. — Ein Arbeiter wurde in seiner Wohnung, in der Zeughoßstraße, er-

hängt aufgefunden. — Nachmittags wurde im Keller des Hauses Bernburgerstraße 14/15 in einer Kiste verstaubt, die Leiche eines neugeborenen Kindes vorgefunden. Als Mutter ist ein Mädchen ermittelt, welches in dem Hause gebiert hat. — Auf dem Rottbuserplatz wurde eine Frau durch einen Flaschenbierwagen überfahren und schwer verletzt. — Gegen Abend fiel ein auf dem Dache des Erweiterungsbaues der Reichsbank, in der Kurstraße, beschäftigter Klempner durch ein Dachfenster in den Bodenraum und verletzte sich derartig, daß er bewußtlos und aus Nase und Ohren blutend liegen blieb. Er wurde nach der Charité gebracht. — Beim Spielen fiel an der Ueberführung der Götlicher Eisenbahn über den Landwehrkanal ein Knabe ins Wasser, wurde aber durch einen sofort nachspringenden Arbeiter unverletzt wieder herausgezogen. — In der Nacht zum 24. d. M. sprang an der Götlicherstraße ein Arbeiter in selbstmörderischer Absicht in den Landwehrkanal, wurde aber alsbald wieder herausgezogen. — In der Möckernstraße fiel ein noch nicht festgestellter Mann, der nach Angabe von Augenzeugen sich aus Uebermuth auf das Trittbrett einer in der Fahrt befindlichen Droschke gestellt hatte, herunter und blieb bewußtlos auf dem Pflaster liegen. Er wurde nach der Charité gebracht. — Im Laufe des Tages fanden drei unbedeutende Feuer statt.

Witterungsübersicht vom 24. Juli 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Skala 1-12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (0 C. = 32 F.).
Ewinemünde . . .	761	SO	2	heiter	23
Hamburg . . .	762	SO	1	wolkenlos	22
Berlin . . .	761	SO	2	heiter	24
Wiesbaden . . .	763	N	2	wolkig	19
München . . .	765	SW	3	wolkenlos	22
Wien . . .	763	SW	—	wolkenlos	20
Saparanda . . .	762	SW	—	Negen	14
Petersburg . . .	764	N	1	heiter	18
Cort . . .	764	N	3	bedeckt	14
Aberdeen . . .	768	N	2	halb bedeckt	16
Paris . . .	760	SO	1	wolkig	19

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 25. Juli 1894.
Etwas kühleres, vielfach heiteres Wetter mit mäßigen nördlichen Winden und etwas Neigung zur Gewitterbildung.
Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitrag.

In dem vielbesprochenen Prozeß des königlichen Eisenbahn-Fiskus gegen den Theaterdirektor Franz Wallner ist nunmehr dem Vertreter des Beklagten, Rechtsanwalt Dr. Gottlieb, das Erkenntniß des Landgerichts I, wonach der Eisenbahn-Fiskus mit seinem Anspruche auf Erhebung von 2 M. für eine Platzkarte abgewiesen wird, zugegangen. Die Gründe lauten wie folgt: „Durch Begahlung des Fahrpreises und Kausdändigung der Fahrkarte ist zwischen den Parteien ein Personentransport-Vertrag zustande gekommen. Zum Aufweise hierüber dient die Fahrkarte. Dieselbe muß gemäß § 12 der Verkehrsordnung vom 15. November 1892 enthalten: Die Strecke, für welche der Fahrschein Geltung hat, die Wagenklasse, den Fahrpreis und die Gattung des Zuges, diesen wesentlichen Voraussetzungen entsprach der vom Beklagten gelöste Fahrschein.“

Es kann nun gleichgiltig sein, ob man den Fahrschein rechtlich als ein Inhaberpapier oder als Legitimationspapier ansieht. In jedem Falle muß in den Punkten, über die der Fahrschein nach der Verkehrsordnung wesentliche Auskünfte zu geben hat, den Inhalt des Fahrscheins als maßgebend für die rechtlichen Beziehungen zwischen dem Reisenden und der Bahnverwaltung erachtet. Trägt daher der Fahrschein, wie vorliegend der Fall, den Vermerk „giltig für alle Züge“ und ist als Fahrpreis 26 M. 10 Pfennig angegeben, so muß angenommen werden, daß der Reisende das Recht erlangt hat, mit allen Zügen für 26 M. 10 Pf. von Berlin nach Hamburg und zurück befördert zu werden. Der Anspruch des Klägers auf Nachzahlung von 2 M. für die Beförderung des Beklagten von Hamburg nach Berlin ist demnach ungerechtfertigt, seine Zulassung würde dahin führen, daß der Beklagte für die Beförderung nach Hamburg und zurück 26,10 M. zu zahlen hätte, während ihm nach Inhalt des Fahrscheins die Beförderung mit allen Zügen hin und zurück zum Preise von 26,10 M. zugesichert worden ist. In keinem anderen Ergebnisse gelangt man, wenn man die Bestimmung des Tarifes, daß für die Benutzung eines D-Zuges eine Platzgebühr zu entrichten ist, als Theil des zwischen den Parteien geschlossenen Vertrages betrachtet. Denn dann steht der vorerwähnte Vermerk auf der Fahrkarte: „26,10 M. gültig für alle Züge“ mit jener Bestimmung des Tarifes in Widerspruch und dieser Widerspruch muß gegen den Kläger ausgelegt werden, weil der Kläger in der Lage war, ihn durch Befreiung oder Einschränkung des Vermerks auf der Fahrkarte „Giltig für alle Züge“ zu vermeiden.
Maßgebend bleibt daher die Fahrkarte und danach ist der Klageanspruch des Fiskus ungerechtfertigt.

Veranstaltungen.

In einer von 500-600 Metallarbeitern besuchten Bezirksversammlung des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend, die im Colberger Salon im Norden abgehalten wurde, sprach Kollege Näther über den Bierbockott. Er erfuhr die Kollegen, die dem Kampfe der Arbeiter bis jetzt noch gleichgiltig zugehört haben, ganz energisch für den Bockott einzutreten; denn es handle sich hier nicht mehr bloß um die ausgesperrten Brauerei-Arbeiter, sondern um eine Kraftprobe zwischen Besthenden und Bestiglosen. Sollte der Bockott durch den Indifferentismus der Arbeiter verloren gehen, so würde das Kapital nicht auf sich warten lassen, um die Arbeiter noch mehr auszubeuten als vorher. Zum 2. Punkt, Mißstände bei den Firmen Heße, Keiling u. Thomas, Rudolf u. Kühne, Wehlig u. Behrend, Vulkan, Inhaber Wolf u. Arnheim, erhielt Kollege Näther das Wort. Seinen Angaben war folgendes zu entnehmen: Bei Perle, Chausseestraße, wird täglich von 6-8 Uhr mit 1/2 Stunde Pause gearbeitet; des Sonnabends wird zwar um 5 1/2 Uhr aufgehört, aber um 7 Uhr wieder angefangen und dann bis Sonntag früh 5 Uhr gearbeitet. Es soll sogar vorgelommen sein, daß der Geschäftsführer Herr Müller zu einem Schloffer noch sagte, er möge noch länger arbeiten; als sich dieser weigerte, sei sofort Entlassung erfolgt. Der Stundenlohn beträgt dort 30-40 Pf. Bei Keiling u. Thomas werden enorm hohe Strafgelder abgezogen. So werden, wenn jemand einmal in der Woche zu spät kommt, 0,50, beim zweiten Male 0,75, beim dritten Male 1 M. abgezogen. Heßlerhafte Arbeit wird mit 2-3 M. Strafe belegt. Bei Rudolf u. Kühne ist die Heizung im Winter so ungenügend, daß sich — wie angegeben wurde — ein Dreher zwei Finger erfroren hat. Auch soll dort unter Meistern und Arbeitern eine Wetterschwärze herrschen, wie sie andernwo selten anzutreffen sei. Die Ventilation, namentlich bei den Formern, bezeichnete man als sehr mangelhaft. Ferner wurde mitgeteilt, die Arbeiter müßten dem Arbeiter, der das Wasser zum Waschen holt, wöchentlich 15 Pf. zahlen. Abgezogen wurden in den letzten Jahren 10-15 Prozent. Fast dieselben Zustände sind nach Angabe des Redners bei Wehlig u. Behrend

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgegend. (Filiale Nord.)
Donnerstag, 26. Juli, Ab. 8 Uhr, im Viktoria-Garten, Badstr. 12:
Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Dr. Weyl** über: Die Ernährung des Kindes, eine medizinisch-sozialpolitische Studie. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.
 Gäste, Herren und Damen willkommen.
 Um zahlreiches Erscheinen bittet **Die Bevollmächtigte.**

Sozialdemokrat. Wahlverein Köpenick.
Ordentliche General-Versammlung
 am Freitag, 27. d. M., Ab. 8 Uhr, im Müggelschlösschen.
 Der wichtigen Tagesordnung wegen bittet um recht regen Besuch
Der Vorstand.

4. Wahlkreis (Güdoß):

In die Liste der am Sonntag veröffentlichten Gastwirthe, welche kein Boykottbier verschänken, sind die folgenden nachzutragen:

- | | |
|--------------------------------|----------------------------------|
| Cuvrystr. 25, Emil Grüning. | Mantuffelstr. 25, Horn. |
| " 83, Karl Pfeifferle. | " 27, Heider. |
| " 88, Klopsch, Bierverlag. | " 54, Rende. |
| Krosterstr. 54, Urban. | " 50, Kubiaczyk |
| Eisenbahnstr. 85, A. Semisch. | Oranienstr. 4, Tyra. |
| " 20, C. Siegesmund. | " 16, Pätzle. |
| Görligerstr. 48, Reüler. | Ratiborstr. 18, Gabu. |
| Grünauerstr. 5, Pfeiffer. | Reichenbergerstr. 73a, Fröhlich. |
| Köpnickerstr. 149, Stammert. | " 10, Bretsch. |
| Kottbusser Damm 4, Becker. | Wienerstr. 13, Dreißner. |
| Liegnitzerstr. 15, Freier. | Waldemarstr. 42, Grünher. |
| Mariannen-Platz 12, Alexander. | |

Diejenigen Schankwirthe, welche sich in diese Liste aufnehmen lassen wollen, können sich melden bei:

- Spindler**, Reichenbergerstraße 118, **Zubeil**, Naunynstraße 86,
Schayer, Reichenbergerstraße, Ecke Lausitzerstraße, **Schilling**, Bäckersstr. 55b,
Lucas, Brangelstraße 32, **Tolksdorf**, Görligerstraße 58, **Trittelwitz**,
 Falkensteinstraße 7.

Achtung! Schankwirthe Schönebergs!

Alle diejenigen Schankwirthe, welche kein Boykottbier führen und gewillt sind, sich der Kontrolle der Arbeiter zu unterstellen, werden ersucht, betreffs Aufstellung einer Liste im „Vorwärts“ sich zu melden bei:

- Kessner**, Grunewaldstr. 110. **Schindler**, Hauptstr. 22.
Hoffmann, Sedanstr. 10. **Klauke**, Volkstr. 43.
Pinzer, Rollendorferstr. 16.

Meinen werthen Freunden und Gönnern theile ich hierdurch ergebenst mit, daß ich am **Donnerstag, den 26. d. M.**
Friedrichstr. 211 (nahe der Kochstraße)
 einen **Spezial-Ausschank** des so beliebten
Münchener Augustiner-Bräu's
 neu eröffnen werde und bitte um recht zahlreichen Besuch.
 Für beste Küche zu zivilen Preisen ist in von früher her bekannter Weise gesorgt. Zur Zeit angenehmer Aufenthalt in dem lustigen Garten.
Adam Rosenlehner (früher Kochstr. 63).

Künstl. Zähne, vorzügl. u. Garantie, schmerzlos, Zahnschmerz beseitigt, schmerzlos, loses Zahnziehen. Theilzahlung. Goldstein, Oranienstr. 123

Neu! Soeben erschienen: Neu!
Harmonika-Schule mit Doppelgriffen
 zum Selbstunterricht ohne Notenkenntnisse zu spielen.
 Herausgegeben von **C. Eibich**, Berlin O. Köpenickerstr. 30.
 Heft I: Enthaltend 30 beliebige zeitgemäße Musikstücke. Unter anderen: „Ein Sohn des Volkes“, „Marzellaise“ etc.
Preis 50 Pf.

Metzner's Korbwaren-Fabrik,
 Berlin, 1. Gesch.: Andreasstr. 23, D. pt., gegenüb. Andreaspl.
 Berlin, 2. Gesch.: Brunnenstr. 95, gegenüb. Humboldtshain.
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Musterwagen, Bücher gratis. Theilzahlung gestattet. **500 Mark** zahlt ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe.

In Roh-Tabaken und Utensilien für Cigarren-Fabrikanten !! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
 Berlin
 Neue Friedrich-Strasse 9.
 Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
 Ein Jeder mache den Versuch.

66. Resterhandlung. 66.
 Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paleotstoffen, sowie zu Frühjahr- und Sommermänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt u. Spitzen.
 Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.
66. Karle, Waldemarstrasse 66.

Kinderwagen-Bazar
Max Brinner,
 Jerusalemstr. 42, part. u. 1. Etage, und Brunnenstr. 6, Hof parterre.
 Großart. Auswahl Kinderwagen, Puppenwagen — Kinder-Sportwagen billigst. — Theilzahlung gestattet. — Ausverkauf zurückgesetzter Muster.

Rohtabak
 Größte Auswahl, Billige Preise
Emil Berstorff,
 182. Brunnenstr. 182.
 Garantirt flotten u. sicheren Brand.

Kranken- und Begräbnisliste der Buchbinder und verwandten Berufsge nossen zu Berlin, eingeschriebene Hilfskasse Nr. 24.

Den Mitsiedern zur Nachricht, daß die in der außerordentlichen General-Versammlung vom 27. Mai d. J. geänderten Paragraphen des Statuts die Genehmigung der obersten Verwaltungsbehörde erhalten haben.
 Vom Sonnabend, den 28. d. M. ab können die gedruckten Nachträge beim Kassierer erhoben werden.
Fr. Freudenreich, Bruno Gröblicher, Vorkassierer, Kassierer, Wischmannstr. 18 I. Wasserthorstr. 14 I.

Vier Mark lösen 2 Kabinet- und 12 Bistbilder bei **Böhme, Lindenstr. 43**, gegenüber der Zimmerstraße.

Rohtabak.
 Größte Auswahl. Billigste Preise. Formen, Bockfaçon, wieder vorrätzig.
Heinrich Franck
 Brunnenstraße 185.

Zur Aufklärung!
 Ich erkläre hiermit, daß das von mir gestern früh verschänkte Bier (Pfefferberg) eine Vierteltonne aus einer Wette gewonnenes Bier war, welche von mir vor der Zeit des Boykotts, und zwar im Oktober 1898, entriert wurde. Ich bemerke ausdrücklich, daß das Bier von mir öffentlich, also nicht unter falscher Flagge, aufgelegt wurde, und ich Bezahlung dafür nicht genommen habe.
Adolf Lorenz,
 1949b Ritterstr. 119.

Schöneberg! Biefere für Kaufleute, Grünrambänder etc. boykottfreies Flaschenbier, 36 Fl. = 3.-M. 1947c
Schindler, Hauptstr. 22.

Erklärung.
 Ich erkläre hiermit öffentlich, daß ich nur Reichenkron'sches Bier ausschänke, und nicht, wie ein Restaurateur in meiner Nachbarschaft sagt, Habel'sches Bier. Ich erkläre solche Behauptung hiermit als Lüge.
Rudolf Hloff, Chamissoplatz 4.

Suche von einer ringfreien Brauerei **500 Mark** (auf Amortisation) be- hufs Ablösung.
 Offerten unter **Hüttner** in der Expedition dieses Blattes. 1955b

Eine auswärtige **5049***
ringfreie Brauerei
 beabsichtigt, in Berlin eine Niederlage zu errichten und sucht einen geeigneten lautionsfähigen Vertreter unter sehr conlanten Bedingungen. Offerten er- beten sub **R. S. 555 i. d. G. d. Bl.**

Gvora-Bräu
 in vorzügl. Qualität empfiehlt in Ge- binden von 17 Litern an, auch in Flaschen.
Otto Linke, Lagerhof 3.
 Telephon Amt III Nr. 404.

Weißbier!
 Für Fabriken und Werkstätten sowie für Wiederverkäufer liefere ich mein **Versand-Weißbier** in unübertrefflicher Güte zum Preise von 3 M. für 40 halbe oder 45 1/10 oder 25 1/10 oder 20 ganze Flaschen, frei in's Haus, in Flaschen mit Patent- verschluß, ohne Pfandberechnung.
 Fernsprecher Amt Schöneberg No. 92.
A. Seidler,
 Schöneberg, 2141.*
 Sedanstraße Nr. 73-75 und 82.
 Berliner Weissbier-Brauerei.

Schmiedels Festsäle
 Alte Jakobstr. 32.
 Empfehle meine hocheleganten Säle (elett. Bel.) auch mit Bühne zur Abhalt. von Vereins- u. Privatfestlichkeiten.
 4902* **Ww. C. Schmiedel.**

Kelle's Vereinshaus
 (früher Kuhlmen)
28. Schönhauser Allee 28.
 Prachtvoller schattiger Garten.
Tanzsaal, Kegelbahn.
 Vereinszimmer noch einige Tage frei.

Ein Geschäftsmann bittet um ein Darlehen von 4-500 M. gegen gute Zinsen zum 1. oder 10. August bis 1. Dezember. Offerten unter **F. B.** an die Exped. d. Bl.

Photographisches Atelier von Carl Gräfe
 Berlin S., Prinzenstr. 11
 hält sich den Parteigenossen zur Auf- nahme von Porträts u. Gruppenbildern befehlen empfohlen. Spezialität: Vereins- und Fabrik-Gruppen. 2902*

Rohtabak.
 Größte Auswahl. Billigste Preise. Formen, Bockfaçon, wieder vorrätzig.
Heinrich Franck,
 Brunnenstr. 185.

Nach beendeter Inventur
Gardinen-Reste
 zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Fabrik **Grüner Weg 80**, part. Eingang vom Flur.

Für die Reise.
 Fertige Kleider
 zu sehr billigen Preisen.
Fertiges Kleid aus sehr halt- barem Wollstoff in modernen Farben 15, 20, 25 M.
Fertiges Kleid aus reinwollenem Stoff in vielen neuen Farben, glatt und in schönen Melangen, 25, 27, 30 M.
Schwarze Kleider 25, 30, 35 M.
Schwarze seidene Kleider 40 und 50 M.
Fertig. Kleid aus Woll-Mouffe- line, waschicht, 20, 25, 30 M.
Morgensätze in schönen Wasch- stoffen, stets großer Lager-Vor- rath in allen Weiten, 3, 4, 6 M.
Glansen, größte Auswahl, neueste Façons, 2,50, 3, 3,50 M.

Fertiges Blousenkleid
 in neuen schönen Waschstoffen, beliebteste Neuheit.
jetzt 5,50 Mk.
Staubmäntel, in gr. Auswahl, l. b. 8, 10, 12 M.
Reisemäntel, neue ap. Façons, 10, 15 u. 20 M.
Costume-Röcke
 schwarz u. farbig, 10, 12, 15 M.
Loden-Costumes
 (Rock und Jaquet)
 in größter Auswahl, auch in großen Weiten stets vorrätzig
18, 20, 25 M.

Sielmann & Rosenberg
 Kommandantenstrasse
 Ecke Lindenstrasse.

Roh-Tabak
 Detail-Verkauf
Rud. Völcker & Sohn,
 Köpnickestr. 45.

Theilzahlung. Monatl. 10 M. liefere **Compromsky**, Schneidermeister, 473L.* Berlin O. Südeustr. 37 L.
E. Posten an Arbeiter spottbillig, neue **Hosen** auch einzeln z. verkauf.
Pfandleihe, **Skalitzer- strasse Nr. 13.**
 Eine alte deutsche Feuer-Verf.-Gesell- schaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige **Haupt- u. Spezial-Agenten**. Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert.
 Offerten unter **O. P. 2** nimmt die Expedition entgegen. 219L.*

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4433L.*
 am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
 Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sammlische im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Tompaffen, junge, 2. Kaltern, 2,50, i. Etage 1,25, Schnelle, Invalidenstr. 7.
Mischel-Kleiderspind, Vertikow 50 M., Spiegelspind 23 M., aber sofort. Tischlerei Oranienstr. 153.

Gelegenheitswaaren!

Feinste braune Beilchen-Seife vorzügl. parfümirt, statt 50 Pf. für 10 Pf.
Beste Cocosnuß-Seife, gr. Stücke, statt 10 Pf. für 3 Pf. **Pachstegellack**, statt 10 Pf. Stange für 3 Pf., 1 Pfd. = 8 Stangen für 22 Pf. **Prieststegellack**, feinste Qualität, Stange 3 Pf., 1 Pfd. gleich 16 Stangen für 40 Pf. **Franzöf. Hornfrischerkäme**, 7" lang, statt 50 Pf. für 20 Pf. **Edgt japanische Goldfächer mit Malerei**, Stück 7 Pf. **Feidene Gravatten**, Schleifen- façon, Stück 6 Pf. **Feinste Gloria seidene Regenschirme für Herren und Damen**, St. 2,10 M. **Löffel, Messer und Gabeln etc.** zu Spott- preisen in enormer Auswahl. **Feinste Moschusseife**, St. 10 Pf., Dhd. 1 M. **Beste Glanzwische** pro Scha. mel statt 10 Pf. für 3 Pf. Eine Partie hochfeiner sehr harter **Gummi-Hofen- träger**, statt 1,20 M. für 60 Pf. pro Paar, Duzend 6 M. von 1 Duz. an.
Sozialdemokraten = roth, 2 Fig. St., per Dhd. 15 Pf. **Ganze Souquets** 10 Pf., Duzend 85 Pf. **Vorsted- nadeln** mit Porträts von Lassalle und anderen bekannten Parteigenossen, Stück 20 Pf., Duzend 2 M. **Nickel- Schwedenhüllen** mit **Sozialdemo- kratenführer** St. 5 Pf., Dhd. 50 Pf., dieselben mit **Cigarrenabschneider** St. 7 Pf., Dhd. 75 Pf.

Eine Partie Damenstrümpfe, engl. lange (übers. Knie zu tragen), garantiert echt **diamant schwarz**, statt 60 Pf. für 30 Pf. Paar, Dhd. Paar 3 M. Ebenso prima-prima, beste Qualität statt 90 Pf. für 45 Pf. Paar, Dhd. Paar 4,80 M., verstärkte Spitze und Ferse. Gewöhnl. **schwarze Damenkniestrümpfe**, Dhd. Paar 1,60 M., Paar 15 Pf.

Herren-Socken, Dhd. Paar 1,70 M., prima Qualität, statt 5 M. für 3 M. per Dhd. Paar, nur so lange der Vorrath!
Eine Partie Herrentragen, (garantirt 4 fach Weinen) in allen Weiten. Steh- oder Umgelegttragen, die sonst mit 5 bis 6 M. per Duzend ver- kauft, für nur 2,40 M. per Dhd. **Beste Manschetten** per Duzend 3,50 M.

Französische Nachstreichhölzer, 5 Minuten-Brenner, statt 10 Pf. für 5 Pf., per Dhd. 50 Pf.
Parthien Sonnen- und Regen- schirme spottbillig statt 3 Mark für 1,75 M. und 2 M.
Nachtlichte, 1/2 Jahr, pro Schachtel statt 10 Pf. für 3 Pf.

Cigarren, Sumatra neuester Sorte, statt 4 M. für 2 M. 50 Pf. pro Riste = 100 Stück.
„Sofidgo“, jedes Stück in elegantem Ring. (Habanna non plus ultra), echt amerikan. Tabak, hochfein, in eleganter Packung, 9 Ctm. lang, 5 Ctm. stark, per Riste von 50 Stück **M. 2,50.**
Schützenlied, etwas Exquisites, per Riste von 100 Stück **M. 3,60.** Länge 10 1/2 Ctm., Umfang 5 1/2 Ctm. Elegant ausgestattet.

Deliciose frische türkische Cigaretten, hochfeine Packung, statt 3 M. für 1 M. per 100 Stück. Deutsche Cigaretten in 10er und 20er Packung, 30 Pf. per 100 Stück.
Verloofungs-Gegenstände
 in enormer Auswahl spottbillig.
 Japanische Metalltablets, haltbar wie Silber, statt 50 Pf. für 25 Pf. v. St. Versand nach außerhalb von 3 M. an unter Nachnahme oder Vorherbetrag.
 Begr. **L. Brockmann**, 1871, 26 Kaiser Wilhelmstr., Berlin.

Zurückgesetzte (wenig fehlerhafte) Teppiche!! Partidren!! Gardinen!! Steppdecken!!
 erstaunlich billig in der Fabrik von **Emil Lefèvre**, Oranienstr. 158.
Mein Prachtkatalog
 mit bunten Teppich-Illustrationen auf Wunsch gratis und franko.

Arbeitsmarkt.
 Einen tüchtigen **Zimmermann**, welcher gut mit Keller-Isoliren Be- schäftigt ist, verlangt sofort auf einige Tage die **Wurfbabrik**, 1942b **Wilhelmstraße 56.**
Carton-Arbeiterinnen, nur geübte, w. verl. v. M. Wolff, Neuefriedrichstr. 43.